attac Düsseldorf, Finanzmarkt-AG:

Mai, 2015

Prinzessin Wohlstand und König Wachstum

Sieben Märchen aus Deutschland

Vorwort

Demokratie braucht Entscheidungsoffenheit. Wenn es aufgrund angenommener Sachzwänge keine Entscheidungsalternative in politischen Fragen gibt, wird Demokratie entwertet. Der einsichtige Bürger kann nur noch der betriebenen Politik zustimmen.

Die Alternativlosigkeit der aktuell betriebenen marktradikalen Politik wird mit angeblichen Tatsachen begründet; Prämissen, die ihrerseits nicht weiter hinterfragt werden können, weil sie wissenschaftlich gestützt seien. So wird z. B. mit pessimistischen Prognosen über die demographische Entwicklung die Notwendigkeit von Veränderungen sozialpolitischer Grundeinstellungen begründet (Deutschland vergreist), mit Verweis auf die hohen Staatsschulden wird eine restriktive Haushaltspolitik begründet (Der Staat muss sparen), oder es wird vorausgesetzt, dass „Wachstum" gut sei.

Sieben dieser in den gängigen Massenmedien kaum hinterfragten „Gewissheiten" wollen wir vorstellen. Wir haben gute Gründe gefunden, warum die 7 „mythischen" Grundannahmen nicht zur Rechtfertigung der vergangenen und aktuellen Politik taugen. Wir wollen zeigen, welche ideologische Funktion diese Mythen haben, also welche Politik damit begründet wird, und stellen eine eigene Deutung gegenüber, die zu anderen Schlüssen kommt.

Die 7 Texte entstanden zwischen August 2014 und Mai 2015. Erstellt wurden sie von einer Düsseldorfer attac-AG, der FinAG, die sich mit den Finanzmärkten beschäftigt.

In Gesprächen mit politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern stellen wir ein großes Interesse an wirtschaftlichen Fragestellungen und bei vielen auch eine gewisse Skepsis gegenüber den massenmedial verbreiteten Deutungen des Wirtschaftsgeschehens fest. Diesen wirtschaftspolitisch interessierten Menschen wollen wir Impulse zu ihrer Meinungsbildung anbieten. Unsere Beiträge dazu sind keine fachwissenschaftlichen Texte; wir erheben jedoch den Anspruch, dass unsere Sachdarstellungen überprüfbar und belegbar sind. Dazu dienen die sparsam verwendeten Fußnoten. Wenn man das Heft umdreht, findet man hinten Kurzfassungen der Text in einfacher Sprache für eilige Leser.

Dass wir diese Arbeit überhaupt für nötig erachtet haben und glauben

helfen zu können eine Lücke zu füllen, liegt am beklagenswert eindimensionalen Zustand der Massenmedien. Betriebswirtschaftliche Vorgaben und redaktionelle Richtungsentscheidungen sowie Verflechtungen und Abhängigkeiten der Medien von anderen gesellschaftlichen Kräften führen zu der Situation, dass ein typischer Mediennutzer kaum die Chance hat die argumentative Schwäche der 7 „Mythen", die wir untersuchen, zu durchschauen. Die meisten der gängigen Medien reproduzieren die gleichen wirtschaftspolitischen Denkmodelle, so dass diese den Status von „Wahrheiten" bekommen haben. Im Nachwort werden wir die ideologische Eindimensionalität der Massenmedien näher erläutern.

Die Texte dürfen frei verwendet werden, etwa für Referate oder als Steinbruch für eigene Texte; Quellenangabe wäre nett. Leser sind ausdrücklich ermuntert zu Kritik, Anerkennung oder Nachfragen. Kontaktadresse: braunjoachim@gmx.de

Inhalt

1. „Freie Märkte sind gut“ 7
… oder warum wir dem Marktradikalismus misstrauen sollten

2. „Wir brauchen mehr Wachstum“ 13
… oder warum Wirtschaftswachstum kein Allheilmittel ist

3. „Deutschland geht es gut!“ 19
… oder warum wir der Merkel-Propaganda keinen Glauben schenken sollten

4. „Die Wirtschaftskrise ist überwunden“ 23
… oder warum die Krise jederzeit wieder ausbrechen kann

5. „Deutschland vergreist!“ 29
… oder warum wir die Warnungen vor der Unbezahlbarkeit des demographischen Wandels nicht ernst nehmen sollten

6. „Der Staat muss sparen“ 33
… oder warum wir keine „Sparpolitik“ brauchen

7. „Die Globalisierung schafft Wohlstand für alle“ 39
… oder warum wir eine andere Globalisierung brauchen

„Freie Märkte sind gut“

… oder warum wir dem Marktradikalismus misstrauen sollten

„Die einen dürfen daran verdienen, die anderen daran glauben.“
Volker Pispers

Das Dogma der effizienten Märkte und der schädlichen Staatseinflüsse äußert sich in verschiedenster Gestalt: Als Jammern über die „Bürokratie“, in Forderung nach der Privatisierung von Staatsunternehmen („Privat vor Staat“), in der Verächtlichmachung fauler Beamter und der Überhöhung der Manager, die angeblich die Leistungsträger unseres Gemeinwesens sind.[1] Die Logik dahinter: Märkte und die darin stattfindende Konkurrenz führten zu Innovation, hohen Leistungen der Marktteilnehmer (die Konkurrenz schläft ja nie!) und zu preisgünstigen Angeboten für die Kunden, die ja sofort den Anbieter wechseln, wenn ein anderer günstiger ist.

In unserer Kultur ist marktwirtschaftliches Effizienz- und Konkurrenzdenken inzwischen so verinnerlicht, dass ihm längst auch die privatesten Lebensbereiche unterworfen sind: Es findet sich bereits in der Kindheit und der Schule, es prägt die sozialen Beziehungen bis hin zu Liebesbeziehungen, die Pflege kranker Menschen und sogar Kirchen ließen sich längst von McKinsey und Co auf marktwirtschaftliche Effizienz trimmen. Die These der Effizienz von Märkten ist eine zentrale Grundüberzeugung unserer Kultur geworden.

---

[1] Eine historische Wurzel der Ablehnung des Staates als wirtschaftlicher Akteur liegt sicherlich auch im Scheitern der sozialistischen Planwirtschaften. Hier soll kein Plädoyer für deren Reanimierung gehalten werden, sondern eine Kritik des „neoliberalen“ Marktradikalismus geleistet werden.

In dieser Marktgläubigkeit stecken verschiedene Annahmen:

1. Wir leben in einer Marktwirtschaft
2. Freie Märkte sind effizient
3. Staatliche Eingriffe in die Märkte behindern die „Wirtschaft"

Was ist dran an diesen Dogmen?

1. Wir leben in einer Marktwirtschaft

Auf den ersten Blick mag diese These einleuchten. Wer einkaufen möchte, kann zwischen vielen konkurrierenden Geschäften auswählen. Tatsächlich gibt es solche funktionierende Teilmärkte, etwa im Handwerk – man denke etwa an die unzähligen Handwerksbetriebe, die miteinander konkurrieren.

Schaut man genauer hin, kommt dieses Bild ins Wanken. In vielen Wirtschaftssektoren sind die Marktmechanismen durch Gesetze erheblich eingeschränkt: Im Buchhandel etwa mit seiner Buchpreisbindung, im Gesundheitswesen mit festgelegten Preisen für die Dienstleistungen oder auch in der Landwirtschaft mit ihren festgelegten Produktionsquoten. Wer näher hinschaut, findet viele weitere Beispiele für Einschränkungen der Marktmechanismen.

In einigen Sektoren gibt es zwar keine gesetzlichen Regulierungen, dafür jedoch eine marktbeherrschende Dominanz weniger Großkonzerne: im Automobilsektor etwa, wo die drei größten Anbieter mehr als 50% des Marktes bedienen.[2] Wirtschaftswissenschaftler sprechen dann von Oligopolen, die es in funktionierenden Märkten eigentlich gar nicht geben dürfte. 65% der Umsätze in unserer Volkswirtschaft werden von einem Prozent der Unternehmen generiert[3] – eine Konzentration von Marktmacht, die der Idee der „freien Märkte" eklatant widerspricht. Und nicht selten finden sich sogar monopolähnliche Stellungen einzelner Unternehmen, man denke an den IT-Sektor oder die Bahn. Diese Märkte sind zwar privatwirtschaftlich organisiert, aber damit nicht zwangsläufig marktwirtschaftlich.

Im Finanzsektor schließlich werden zentrale Parameter wie der Leitzins nicht marktwirtschaftlich ausgehandelt, sondern durch die Zent-

[2] Diese Oligopolisten sind keine echten Konkurrenten, sondern oft sogar Kooperationspartner, die etwa gemeinsame Plattformen für ihre jeweiligen Automodelle nutzen oder ihr Leitungspersonal untereinander weiterreichen.
[3] Statistisches Jahrbuch 2012, S. 501; Zahlen für 2009.

ralbank festgelegt – eine Marktverzerrung, die das Finanzsystem stabilisieren soll, und die die gesamte Volkswirtschaft prägt. Wenn Banken sich nach Marktbedingungen rekapitalisieren müssten und ihr Geld nicht gegen Niedrigstzinsen von den Zentralbanken leihen könnten, müssten sie den Anlegern (Sparern) deutlich höhere Zinsen zahlen. Die Geldspritzen der Zentralbanken sind damit faktisch milliardenschwere versteckte Subventionen für die Banken.

In anderen Sektoren schließlich wird ganz offen subventioniert (und damit das Marktgeschehen verzerrt), etwa im Energiesektor, wo die Atomindustrie jahrzehntelang mit Abermilliarden subventioniert wurde.

Der für unser Wirtschaftssystem übliche Begriff der Marktwirtschaft verschleiert die vielfältigen staatlichen Eingriffe; er legt nahe, dass bei uns der Markt alles regelt. Er ist also irreführend. Auch der Begriff „soziale Marktwirtschaft“, der staatliche Eingriffe einräumt, ist irreführend, weil viele dieser Eingriffe nicht dem sozialen Ausgleich dienen. Man sollte daher besser von einer Privatwirtschaft sprechen, in der sich Marktelemente, Monopolstrukturen und staatliche Eingriffe ergänzen.

2. Die Effizienz der freien Märkte

Dass die Märkte keinesfalls immer zu besten Lösungen führen und effizient funktionieren, ist eine Binsenweisheit spätestens seit die unregulierten, freien Finanzmärkte geradewegs ins Desaster der aktuellen Finanzkrisen führten. Hier haben selbst die hartgesottensten Marktradikalen zugestanden, dass eine Regulierung der Finanzmärkte unabdingbar ist (wenn auch dieser Erkenntnis nur wenige Taten folgten).

Doch auch, wer nur morgens seine Brötchen kauft, bekommt Zweifel an der Effizienz der Märkte. Man bekommt kaum noch handwerklich solide Produkte der Backkunst, sondern fast nur noch Produkte aus Industrieteig, die nach wenigen Stunden nur noch zur Verwendung als Paniermehl taugen. Anderswo führen die Marktzwänge zu Massentierhaltung, zur Billigstproduktion von Kleidung in südasiatischen Sweatshops, zur Servicewüste der Telefonanbieter, die ihre Kunden in Endlosschleifen der Callcenter verzweifeln lassen. Die Konkurrenzbedingungen der Märkte – wo sie denn gegeben sind – führen zu Ratio-

nalisierungs- und Einspar-zwängen, unter denen am Ende Mitarbeiter, Kunden und Umwelt leiden – die vermeintlich günstigen Preise für die Produkte werden so am Ende teuer bezahlt.

Manche „Segnungen" der Marktwirtschaft wiederum braucht kein Mensch: Im Supermarkt etwa konkurrieren Dutzende von Joghurtproduzenten um unsere Gunst – was dazu führt, dass bei Ablauf des Haltbarkeitsdatums viel mehr weggeworfen werden muss, als wenn nur wenige Produkte angeboten würden.

Von anderen Produkten der Privatwirtschaft wünscht man sich geradezu, sie wären nie erfunden worden – die Riesterrente etwa, die zulasten eines funktionierenden staatlichen Rentensystems eingeführt wurde und die in sie gesetzten Erwartungen bei weitem nicht erfüllt – außer für die Versicherungsunternehmen. Auch die Aufhebung des staatlichen TV-Monopols hat wohl kaum zur besseren Qualität des Fernsehens geführt.

Aktuelle Beispiele dafür, dass sich die Effizienz-Erwartungen bei der Privatisierung von Staatsaufgaben nicht erfüllen, sind die privaten Wachdienste, die in Unterkünften von Asylbewerbern oder an den Sicherheitsschleusen der Flughäfen eingesetzt werden.[4] Die Dumpinglöhne, die Privatunternehmen zahlen, führten zu skandalösem Versagen dieser Dienste. Private Anbieter können leichter die Löhne drücken und das Personal ausdünnen als öffentliche Arbeitgeber und damit ihre Leistungen günstiger anbieten, was aber oft auch deren Qualität mindert. In besonders sensiblen Bereichen misstraut man daher der Privatwirtschaft zu Recht und setzt lieber auf den bewährten zuverlässigen öffentlichen Dienst.

Dass die Märkte keineswegs so effizient sind, erkennt bisweilen auch die Politik, wenn sie korrigierend eingreifen muss, etwa auf dem Arbeitsmarkt, auf dem die Marktbedingungen zu Hungerlöhnen führten, die nun durch einen gesetzlichen Eingriff verboten werden (Mindestlohn), oder auf dem Wohnungsmarkt, wo man mittels einer Mietpreisbremse versucht, die Fehlentwicklungen des Marktes – zunehmend unbezahlbare Mieten für Normalverdiener in Großstädten – zu korrigieren.

[4] Vgl. Joachim Käppner: Mit Waffen durch die Kontrollen. SZ 23.12.2014.

3. Staatliche Eingriffe in die Märkte behindern die Wirtschaft

Nun mag man einwenden, dass staatliche Eingriffe vielleicht aus sozialen oder Sicherheits-Gründen geboten sein können, aber gleichwohl die wirtschaftliche Dynamik stören und damit auf Dauer zu geringerem Wohlstand für alle führen. Tatsächlich sind jedoch staatliche Eingriffe die Voraussetzung dafür, dass eine wirtschaftliche Dynamik überhaupt erst in Gang kommt. Dies lässt sich historisch zeigen. Die Industrialisierung konnte sich nur da durchsetzen, wo Staaten die entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen haben, etwa in Form von Schutzzöllen, die die entstehenden Industrieunternehmen vor weiter entwickelten ausländischen Konkurrenten schützten, oder durch Vergabe von Marktmonopolen, die die gigantischen Anschubinvestitionen etwa für die Elektrifizierung erst rentabel gemacht haben. Auf freien Märkten hätte sich die Industrie in Deutschland (und anderswo) gar nicht erst entwickeln können.[5] Entsprechendes gilt für einzelne Industriezweige, die ohne Staatshilfe gar nicht entstanden wären, z. B. die europäische Flugzeugindustrie.

Staatliche Eingriffe werden verteufelt, solange die Gewinne sprudeln, doch sobald eine Branche oder ein Großunternehmen in Schieflage gerät, rufen die Manager nach dem Staat, der dann doch rettend eingreifen soll. Wer etwa hätte vor 10 Jahren geglaubt, dass in den USA oder in Deutschland einmal Banken verstaatlicht werden – und zwar nicht als Folge einer sozialen Revolution, sondern auf Drängen der kapitalistischen Eliten? In Gewinnsituationen hält man den Staat gerne auf Distanz und streicht die Gewinne möglichst gering besteuert privat ein; in der Krise soll aber dann bitte der Staat einspringen und die Verluste übernehmen. Staatliche Eingriffe behindern dann plötzlich nicht mehr die Unternehmen, sondern sollen sie retten und wirtschaftliche Substanz erhalten.

Noch ein Wort zur gebetsmühlenartig monierten „Bürokratie“, die die Unternehmen belaste. Gern wird in diesem Zusammenhang die berühmte „Gurkenkrümmungsverordnung“[6] der EU angeführt, um die bürokratischen Auswüchse zu geißeln. Vergessen wird dabei, dass es gerade die Verpackungsindustrie war, die diese Verordnung ur-

[5] Insofern ist der Freihandel, den die Industrie-Länder den 3.-Welt-Staaten aufzwingen, ein kaum zu überwindendes Entwicklungshemmnis. Gegen die internationalen Marktführer kann sich keine neu entstehende Konkurrenz behaupten. Freie Märkte zementieren daher die Unterentwicklung. Nur Länder, die sich den Marktzwängen entzogen wie Singapur, China oder Südkorea, konnten den industriellen Take-off schaffen.

[6] Die inzwischen aufgehoben wurde.

sprünglich forderte, weil zu krumme Gurken eine kostengünstige Verpackung erschwerten. Das Beispiel zeigt, dass bürokratische Regelungen notwendig sind, um die divergierenden Interessen in einer Wirtschaft auszugleichen. Die Unternehmer jammern gerne über Umweltschutzverordnungen oder Gesetze zum Verbraucherschutz, die ihre Angebote sicherlich verteuern, doch ohne bürokratische Kontrollen und Vorschriften wären die Verbraucher, die Umwelt und die Arbeitnehmer den Konzernen – und auch die seriösen Unternehmen den skrupelloseren – schutzlos ausgeliefert. So wird denn auch bei jedem Fleischskandal, bei jedem Anlagebetrug sofort gefragt, ob denn die staatliche Aufsicht geschlafen habe. Gerade weil die Bürokratie noch halbwegs gut funktioniert, sind solche Skandale relativ selten – und die Wirtschaft floriert. Die Gefahren rücken so aus dem Blickfeld, und bürokratische Regelungen werden als unnötig oder übertrieben wahrgenommen und dargestellt. Man mag im Einzelfall bürokratische Überregulierungen finden und zu Recht kritisieren, und sicherlich sind auch nicht alle staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft hilfreich.[7] Insgesamt sind staatliche Regulierungen aber erst die Voraussatzung dafür, dass eine Wirtschaft überhaupt funktionieren kann. Die Klage über Bürokratie soll dagegen oft nur den Versuch der Senkung von Sozial-, Umwelt-, oder Verbraucherschutz-Standards verschleiern.

Es zeigte sich: Wir leben nicht in einer „Marktwirtschaft", sondern in einem privatwirtschaftlichen System, das vielfältigsten staatlichen Einflüssen ausgesetzt ist. Und das ist auch gut so: Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft sind keine Entwicklungsbremsen, sondern bilden die Voraussatzung für eine dynamische Wirtschaft. Sie sind nötig, um die verschiedenen Interessen in einer Gesellschaft auszugleichen und Marktversagen zu korrigieren. Und wenn angesichts der Steuervermeidungspraktiken internationaler Konzerne seitens der „Täter" immer beteuert wird, dass diese Praktiken doch völlig legal seien, dann wird deutlich: Wir brauchen eher mehr als weniger Staat, um den Kapitalismus zu bändigen und um eine gerechte und nachhaltig wirtschaftende Gesellschaft zu erreichen.

[7] So zementieren etwa viele Agrarsubventionen die agroindustriellen Strukturen und verhindern einen Umbau hin zur bäuerlichen, ökologischen Landwirtschaft. Eine weitere nicht minder schwerwiegende Folge der hochsubventionierten Landwirtschaft ist im Export von europäischen Agrarprodukten zu sehen, die im Inland nicht mehr absetzbar sind und vorzugsweise auf afrikanische Märkte gelangen, wo sie als Billigangebote die lokale Landwirtschaft tendenziell zerstören. Subventionierte Produkte überschwemmen die Märkte in der dritten Welt und verhindern auch dort eine bäuerliche Selbstversorgung. Die katastrophalen Folgen kennen wir seit vielen Jahrzehnten.

„Wir brauchen mehr Wachstum“

… oder warum Wirtschaftswachstum kein Allheilmittel ist

„Niemand soll immer mehr haben wollen müssen.“
Uta von Winterfeld

Wirtschaftswachstum ist eines der beliebtesten Argumente in der Politik. Mit dem Stempel „für die Konjunktur wertvoll“ wird jedes sinnige und unsinnige Projekt aufgewertet.[8] Konsens ist: Wenn die Wachstumsraten nicht hoch genug sind, dann „verlieren“ wir im globalen Wettbewerb, „hinken hinterher“ oder sind „Europas Schlusslicht“. Das ist eine stetig präsente Drohkulisse. Wir müssen nicht lange danach suchen. Vor der letzten Wahl war das Wirtschaftswachstum ein zentrales Argument sowohl für als auch gegen den Mindestlohn.[9] Vor nicht allzu langer Zeit konnten wir beobachten, wie das Argument „gut für das Wirtschaftswachstum“ sowohl für als auch gegen eine Frauenquote ins Feld geführt wurde.[10] Das sind nur wenige Beispiele. Die Liste ließe sich fortführen. Oft misst man den Erfolg

---

[8] Zum Beispiel bei dem Thema Wärmedämmung: „‚Damit wollen wir etwas fürs Wachstum bei Handwerk und Bauwirtschaft tun und gleichzeitig den Klimaschutz stärken‘, sagte Wirtschaftsministerin Ilse Aigner“ http://www.br.de/nachrichten/waermedaemmung-sanierung-100.html
Auch beim Thema Sparpolitik wird das Wachstumsargument von Gegnern sowie Befürwortern immer wieder aufgenommen. Stuckler/Basu argumentieren zum Beispiel in ihrem Buch „Sparprogramme töten“ mit Wachstum gegen Sparprogramme: „Im Gesundheitsbereich schafft jeder vom Staat investierte Euro mehr als drei Euro an zusätzlichem Wirtschaftswachstum“ http://www.deutschlandradiokultur.de/ krisenzeiten-gesund-leben-foerdert-das-wachstum.1270.de.html?dram:article_id=278905

[9] Pro Mindestlohn: http://www.dgb.de/themen/++co++ab792250-05f0-11e4-a3a4-52540023ef1a. Contra Mindestlohn: http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/presse/-Pressemitteilungen/Pressemitteilungen/Archiv/2014/Q4/press_20141017_Mindestohn.html

[10] Pro Frauenquote: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-10-362_de.htm
Contra Frauenquote: http://www.deutschlandfunk.de/wachstumsprognose-rente-mit-63-und-frauenquote-aussetzen.694.de.html?dram:article_id=300309

einer Volkswirtschaft am Wirtschaftswachstum. Folgen wir den Argumentationsgängen, so erfahren wir vor allem folgendes: Wachstum führt zu mehr Arbeitsplätzen, mehr Wohlstand und zu besseren sozialen Absicherungen. Insgesamt erhöht sich dadurch die Lebensqualität der Einzelnen. Doch stimmt das? Ist die Fokussierung auf das Wirtschaftswachstum wirklich das Mittel der Wahl, um eine menschenfreundliche und gerechte Politik zu betreiben?

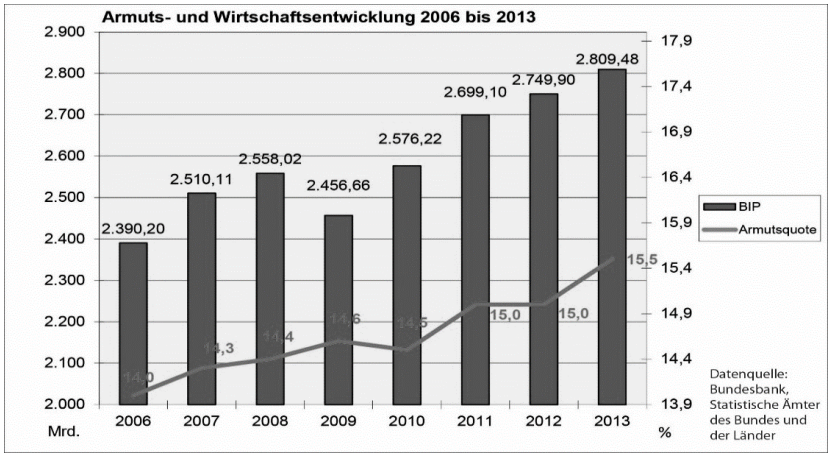
Definieren wir zunächst, was Wirtschaftswachstum ist: Wer misst was? Das Statistische Bundesamt hat die Aufgabe Wachstumsraten zu berechnen. Das geschieht, indem das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in bestimmten Abständen miteinander vergleichen wird. Das BIP ist der Wert aller im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen.[11] Mit anderen Worten, alles, was wir für Geld kaufen oder verkaufen, trägt zum Wachstum bei. Seit September 2014 werden auch illegale Bereiche bei der Berechnung teilweise berücksichtigt, so zum Beispiel der Drogenhandel. Entscheidend ist der ökonomische Wert der Waren und Dienstleistungen, unabhängig davon, wofür sie genutzt werden oder ob sie wünschenswert sind. Die Frage „Wieviel wird produziert?“ (Quantität) überlagert die Fragen „Was wird produziert?“ und „Wie wird produziert?“ (Qualität).

Schauen wir uns zunächst das Argument an *Wachstum führt zu mehr Arbeitsplätzen*. Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Zuwachs von Arbeitsplätzen lässt sich folgendermaßen formulieren: Unternehmen, die mehr Gewinn machen, können auch mehr Geld investieren, um noch mehr zu produzieren. Dadurch entstehen angeblich Arbeitsplätze. Das hat bis in die 1970er Jahre hinein ganz gut funktioniert („Wirtschaftswunder“). Seitdem aber nicht mehr. Faktoren wie gesättigte Märkte und Auslagerungen des Produktionsprozesses wirken gegen den direkten Zusammenhang von Wirtschaftswachstum und der Entstehung von Arbeitsplätzen. Wachstum und Arbeitsplatzvernichtung schließen sich heute nicht mehr aus.

Die zweite Behauptung lautet: *Wachstum erhöht den Wohlstand*. Aus den Wachstumszahlen werden Schlussfolgerungen über unsere Lebensbedingungen gezogen. So heißt es, dass unser Wohlstand (pro Kopf und auf die Gesamtbevölkerung gerechnet) und damit einhergehend unsere Lebensqualität sich durch das Wachstum erhöhen.

[11]https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VGR/Methoden/BIP.html;jsessionid=5C06AA528DD9622B6B8AF2746AE369BC.cae3

Dieser Effekt tritt aber nur dann ein, wenn der mehr erwirtschaftete Wohlstand auch in alle Teile der Bevölkerung durchsickert. Das ist bereits seit vielen Jahren nicht mehr der Fall, wie das Auseinanderdriften von Arm und Reich deutlich zeigt.



Die Entwicklung des BIP und der Armutsquote in Deutschland von 2006 bis 2013. Quelle: Armutsbericht des paritätischen Wohlfahrtsverbandes 2014.

Solange es keine gerechte Verteilungspolitik gibt, bewirkt Wachstum zunächst einmal nicht die Erhöhung des Wohlstandes der Einzelnen, sondern die Erhöhung des Wohlstandes einzelner weniger. Die Mechanismen, die das Durchsickern garantieren sollen, sind beispielsweise Steuern (Geldfluss in Richtung Gemeinwohl), Sozialabgaben (Geldfluss in Richtung Schwächere und Absicherung des Einzelnen) und Tarifpolitik (Geldfluss in Richtung Arbeitnehmer/Konsumenten). Diese Verteilungsmechanismen werden aber spätestens seit den 1990er Jahren immer erfolgreicher untergraben. Steuer-, Sozial- und Tarifpolitik werden unter dem Schlagwort „Wirtschaftsstandort Deutschland“ schon seit vielen Jahren immer weniger zugunsten der Arbeitnehmer, der Schwächeren und des Gemeinwohls betrieben. Dahinter steckt das Ziel „unternehmerfreundlicher“ zu werden und so wiederum mehr Wachstum zu generieren, dessen Wohlstandszuwachs dann aber nicht mehr verteilt wird. Auf diese Weise wird der Grundgedanke der sozialen Marktwirtschaft, nämlich einen Teil des mehr erwirtschafteten Gewinns zum Vorteil der Allgemeinheit und zum sozialen Ausgleich einzusetzen, geopfert. Staat und Wirtschaft verlieren also zunehmend das Interesse daran, Wohlstand zu verteilen. Jedoch ist es genau dieser Gedanke, der ein stetiges Streben nach

Wachstum überhaupt erst legitimiert.

So kommen wir zum dritten Argument: *Bei steigenden Wachstumsraten erhöht sich die Qualität der sozialen Sicherung*. Die sozialen Sicherungssysteme finanzieren sich durch Sozialabgaben (sogenannte Lohnnebenkosten), die anteilig von Arbeitnehmern und Arbeitgebern entrichtet werden. Hinter diesem Argument steckt die Rechnung, dass insgesamt mehr Geld in die Sozialkassen fließt, je mehr Gehälter gezahlt werden. Anders gesagt, je größer der Kuchen, desto größer das soziale Kuchenstück, das verteilt werden kann, ohne dass der prozentuale Anteil erhöht werden muss. Solange jedoch Lohnnebenkosten gesenkt werden, wird das soziale Kuchenstück prozentual immer kleiner. So werden diejenigen, deren Existenz von sozialen Sicherungen abhängig ist, im Vergleich zur Restbevölkerung immer ärmer. Oftmals sind sie und ihre Kinder dadurch von der Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen und von Perspektivenlosigkeit betroffen. Hier wird ein Durchsickern des erwirtschafteten Wohlstandes in die ärmeren Bevölkerungsschichten verhindert. Alternative Verteilungskonzepte wie zum Beispiel das bedingungslose Grundeinkommen wären in diesem Zusammenhang zu diskutieren.

Steigt nun also unsere Lebensqualität durch hohe Wachstumsraten? Auch hier werden Zusammenhänge vorgetäuscht, die nicht der Realität entsprechen. Häufig werden Gewinn und Produktivität eines Unternehmens nämlich nicht durch die Schaffung von Arbeitsplätzen gesteigert (also mehr Output durch eine wachsende Anzahl arbeitender Hände), sondern durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität (mehr Output bei einer gleichbleibenden Anzahl von arbeitenden Händen). Das heißt, der Gewinn erhöht sich, wenn bei gleichbleibender Anzahl der Arbeitsstunden mehr produziert wird. Im produzierenden Gewerbe geschieht dies im besten Falle durch technische Innovation und Optimierung der Arbeitsabläufe. Aber im Dienstleistungsgewerbe bedeutet Erhöhung der Arbeitsproduktivität meistens, dass die Belastung der Einzelnen steigt. Diese Steigerung hat Auswirkungen auf die Qualität der erbrachten Leistung. Insbesondere die Beschäftigten in den zentralen Dienstleistungssektoren Pflege und Gesundheitsversorgung sowie Bildung haben zu leiden, wenn die Arbeitsbelastung zu hoch wird. Dass eine Pflegekraft ständig mehr Menschen zu betreuen hat, ist nicht wünschenswert und erhöht erst recht nicht die Lebensqualität der Betroffenen. Auch in Bezug auf unser Gesundheitssystem wünschen sich die wenigsten, dass Ärzte so

viele Patienten wie möglich behandeln oder so viele Medikamente wie möglich verschreiben. Für das produzierende Gewerbe (z. B. Autohersteller) ist die Rechnung einigermaßen haltbar. Allerdings verlieren diese Branchen zunehmend an Bedeutung. Das Dienstleistungsgewerbe hingegen gewinnt an Bedeutung. Daraus folgt, dass die Steigerung der Produktivität in zentralen Wirtschaftsbereichen den gesellschaftlichen Zielen und Entwicklungen entgegenläuft.

Nicht zuletzt müssen wir die Frage stellen, welchen Preis wir für Wachstum zahlen müssen? Diese Frage wurde 1972 bereits durch das Gutachten „Die Grenzen des Wachstums“ des Club of Rome gestellt und bis heute in mehreren Studien beantwortet. Sie errechneten mehrere Szenarien, die eintreten könnten, wenn wir so weiter wirtschafteten wie bisher. Heraus kam immer „ein katastrophaler [Rückgang] in der Weltbevölkerung und dem Lebensstandard innerhalb von 50 bis 100 Jahren, wenn die gegenwärtigen Trends anhielten“[12]. Schon damals stellten die Autoren fest, dass es eine „grundsätzliche Änderung der Wert- und Zielvorstellungen des Einzelnen, der Völker und auf der Weltebene“ bedürfe, um eine gleichmäßigere Verteilung von Wohlstand und Einkommen zu erreichen und unseren Lebensraum nicht zu überlasten. Diese Befürchtung ist auch eingetreten.

Bis heute versuchen die Autoren eine Unterscheidung zwischen *wirtschaftlichem Wachstum* und *wirtschaftlicher Entwicklung* in den Diskurs einzubringen, wobei *Wachstum* sich eben auf die quantitative Seite und *Entwicklung* auf die qualitative Seite der Wirtschaftsentwicklung bezieht. Durch die gegenwärtige und anhaltende Konzentration darauf, wie viel produziert wird, und die Vernachlässigung der Frage, was und wie produziert wird, rückt die Nachhaltigkeit in den Hintergrund. Umweltschutz leisten wir uns nur, solange sie das Wirtschaftswachstum nicht stört. Der rücksichtslose Abbau von natürlichen Ressourcen zur Steigerung der Produktivität ist die Folge und die Umwelt wird zerstört. Denn der Anreiz, in Umweltschutzmaßnahmen zu investieren, ist für Unternehmen gering, wenn der Fokus nur auf dem ökonomischen Wert der Waren und Dienstleistungen liegt, nicht aber auf dem Nachhaltigkeitswert.

Eine Fokussierung auf das Wirtschaftswachstum bedeutet:

[12] http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/ziele_und_wege_3/Probleme_95/meadows_u_a_die_grenzen_des_wachstums_1972_1373.htm

1. Die ökonomische Verwertbarkeit diktiert den Rahmen der gesellschaftlichen Entwicklungen. Diese dürfen gegen das „Wachstumsgebot“ nicht verstoßen. Andere Ziele und Errungenschaften können zwar lobenswert und grundsätzlich zu befürworten sein, aber ohne das Prädikat „wachstumsfördernd“ haben sie es schwer.
2. Die behaupteten positiven Auswirkungen von Wachstum auf den Wohlstand der Gesamtbevölkerung können nur eintreten, wenn eine gerechte Verteilungspolitik betrieben wird. Die seit vielen Jahren herrschende Praxis in der Steuer-, Sozial- und Tarifpolitik verschärft aber nur die Ungleichverteilungen und Ungerechtigkeiten, deren Auftreten sie eigentlich verhindern soll. Dieser Aspekt droht aus dem Blickfeld zu geraten.
3. Die Lebensqualität der Bevölkerung kann im BIP und den Wachstumsraten nicht mit berechnet werden. Eine Steigerung des BIP sagt demnach nichts über die Entwicklung der Lebensqualität aus. Höhere Arbeitsbelastungen und Leistungserwartungen betreffen nicht nur Menschen, die für niedrige Löhne arbeiten. Die Ausbeutung „billiger Arbeitskräfte“ wird legitimiert.
4. Auch die Ausbeutung der Umwelt findet hier ihre Legitimation. Solange Umweltschutz als „Wettbewerbsnachteil“ verstanden wird, kann sich nachhaltiges Wirtschaften kaum durchsetzen.

„Deutschland geht es gut!“

… oder warum wir der Merkel-Propaganda keinen Glauben schenken sollten

„Ich aber sage euch: Wer da hat, dem wird gegeben werden. Von dem aber, der nicht hat, wird auch das genommen werden, was er hat.“ Lukas 19,26

Deutschland geht es gut! Mit diesem Slogan hat Angela Merkel Wahlkampf gemacht, und wurde damit gewählt. Offenbar glauben ihr die meisten Deutschen – zu Recht?

Sicher, im globalen Maßstab, im Vergleich mit den sogenannten Elendsländern in der Dritten Welt, geht es uns gut. Doch das kann kein Vergleichsmaßstab sein, da bei uns ganz andere historische und wirtschaftliche Bedingungen gegeben sind. Doch so trivial argumentiert Merkel nicht: Sie zeigt auf das Wachstum und die sinkende Arbeitslosigkeit in Deutschland und behauptet, dass es deswegen Deutschland gut gehe. Ist diese Sicht haltbar?

Auf den ersten Blick tatsächlich: Die Arbeitslosigkeit ist gesunken auf unter 3 Millionen – und ist damit so niedrig wie nie in den letzten 20 Jahren. Doch selbst bürgerliche Medien wie die ZEIT (16.8.2013)[13] entlarven diese Zahl als Illusion. Tatsächlich ist das Arbeitsvolumen in Deutschland nicht gestiegen. Zugenommen hat nur die Zahl der Arbeitnehmer, auf die dieses Volumen verteilt wird. Es gibt heute einfach mehr Mini- und Teilzeitjobs als früher, aber nicht deutlich mehr Arbeit, wie die offiziellen Zahlen nahelegen: So gab es 2013 laut

[13] http://www.zeit.de/2013/33/arbeitsmarkt-jobwunder-leiharbeit-niedriglohn

ZEIT 7,5 Mio. Minijobber; für 5 Mio. von ihnen war der Minijob die Hauptbeschäftigung. Außerdem arbeiteten 2 Mio. Menschen unfreiwillig in Teilzeit. Rechnet man die offiziell Arbeitslosen hinzu, kommt man auf eine Unterbeschäftigung von 10 Mio. Menschen, die keine oder zu wenig Arbeit haben.

Doch selbst wer eine Vollzeitstelle hat, lebt inzwischen längst nicht mehr im Wohlstand. So arbeiteten 2012 820 000 Menschen als Leiharbeiter – Tendenz steigend, oft zu deutlich niedrigeren Gehältern als die festangestellten Kollegen. Knapp ein Viertel der Beschäftigen bezieht laut Armutsbericht der Bundesregierung[14] Niedriglöhne, die unter 2/3 des mittleren Stundenlohnes liegen. „Auch wenn die Menschen viel schuften, bleiben sie Geringverdiener. 900.000 Niedriglöhner arbeiten mehr als 50 Stunden in der Woche", schreibt die ZEIT. Die Bruttomonatslöhne liegen oft unter 1000 Euro – leben kann man davon nicht. Viele sind auf Unterstützungsleistungen nach Hartz IV angewiesen – d. h., dass der Staat die skandalös niedrigen Löhne, mit denen die Unternehmen ihre Lohnkosten drücken, subventioniert – auf Kosten der Steuerzahler (mit derzeit etwa 11 Mrd. Euro jährlich).

Der neu eigeführte Mindestlohn beseitigt zwar einige besonders krasse Missstände, aber auch mit 8,50 Euro in der Stunde kommt man kaum über Hartz IV-Niveau. Selbst mit einem durchschnittlichen Einkommen gelingt es nicht mehr, Wohlstand zu erreichen und zu sichern.[15] Der Durchschnittsverdiener, der in Anmerkung 15 vorgestellt wird, kann sich vielleicht derzeit ein noch recht passables Leben leisten, er kann jedoch kein Vermögen mehr bilden, wie gezeigt wird. Angesichts der Rentenkürzungen der letzten Jahre ist dies jedoch notwendig, um künftige Altersarmut zu verhindern. Da viele kein Geld für Rücklagen für das Alter entbehren können, ist eine künftige

---

[14] https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen-DinA4/a334-4-armuts-reichtumsbericht-2013.pdf?__blob=publicationFile

[15] Modellrechnung:

1450 mittleres Einkommen Single (aktueller Median-Wert)

- 450 Miete (in einer Großstadt)
- 100 Mobilität
- 50 Euro notwendige Sonderausgaben für Reparaturen, Zahnersatz, Brille…
- 150 Telefon, Strom, Versicherungen, Gewerkschaft… bleiben 700 Euro zum Leben, rund 23 Euro pro Tag. Eine Familie gründen oder für das Alter Rücklagen zu bilden ist so nicht möglich.

massenhafte Altersarmut programmiert. Dies verdrängen heute viele. Würden sie in sinnvollem Maße Rücklagen für das Alter bilden, würde ihr aktuell verfügbares Budget weiter schrumpfen – und die tatsächliche Armut sichtbar werden.

Weitere Zahlen belegen die prekäre Situation vieler Menschen:

- 140 000 Menschen können sich keine Krankenversicherung leisten (ZEIT).
- Von 2010 bis 2012 ist die Zahl der Wohnungslosen in Deutschland um 15% von 248 000 auf 284 000 angestiegen. Für 2016 wird ein weiterer Anstieg um 30% auf 380 000 erwartet.[16]
- Im Jahr 2012 haben Energieversorger 321 539 Haushalten wegen Zahlungsrückständen der Strom abgestellt, drei Prozent mehr als im Vorjahr. Dies geht aus einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine parlamentarische Anfrage hervor. 2011 hatte es rund 312 500 Stromsperren gegeben.[17]
- 900 Tafeln versorgen bereits ca. 1,5 Mio. Menschen, die ohne diese Nahrungsspenden nicht mehr über die Runden kommen.
- Hunderttausenden Menschen in Altersheimen wird aus Kostengründen eine menschenwürdige Pflege verweigert.

Die Entwicklung, dass Wohlstand immer ungleicher verteilt ist, verschärft sich, auch nach den Zahlen der Bundesregierung (Armutsbericht 2013). Demnach nimmt der Anteil der reichsten 10% am Volksvermögen ständig zu, der Anteil der unteren Hälfte sinkt kontinuierlich: Laut Bundesregierung verfügten die oberen 10%% im Jahr 1998 noch über 45% des Volksvermögens, im Jahr 2008 jedoch bereits über 53%. Die untere Hälfte der Bevölkerung verfügt demgegenüber gerade noch über 1% des Volksvermögens. Deutschland geht es gut – das gilt offenbar nur für eine kleine Minderheit.

Doch auch die Besserverdienenden haben keinen Grund zum Jubeln. Ihr oft komfortabler materieller Wohlstand wird bezahlt mit zunehmender Arbeitsbelastung und Stress und mit der erzwungenen Bereitschaft zu räumlicher Mobilität. Die sozialen Bindungen lockern sich; oft hat man keine Zeit mehr für seine Kinder oder für die hilfs-

---

[16] Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, http://querstadtein.org/de/2013/09/23/neue-zahlen-zu-wohnungs-und-obdachlosigkeit/

[17] http://www.wallstreet-online.de/nachricht/6708060-bericht-deutsche-stromrechnung-bezahlen

bedürftig gewordenen Eltern oder zur Pflege von Freundschaften. Die Folgen sind soziale Verarmung, immer öfter auch psychische Krankheiten. Der hohe Lebensstandard einiger wird bezahlt mit einem verbreiteten Verlust an Lebensqualität.

Schließlich wird mit der populistischen Parole vom Deutschland, dem es gut geht, unterschlagen, wie der im Vergleich zu anderen Nationen relativ hohe Wohlstand zustande kommt: Nämlich durch rücksichtslose Ausbeutung der Natur und der Menschen in den Armutsländern, die für Hungerlöhne die Dinge produzieren, die wir konsumieren. Hier werden Kosten „unseres" Wohlstandes anderen aufgebürdet (zukünftigen Generationen, anderen Völkern). Würden wir diese Kosten selber tragen, dann würde sich die Illusion unseres Wohlstandes schnell verflüchtigen.

Fazit: Vielen geht es in Deutschland materiell gut, aber oft bezahlt durch Zeitnot, Stress und infolgedessen Krankheiten oder sozialer Verarmung. Viele halten sich mehr schlecht als recht über Wasser oder leben aus der Substanz (z. B. Erbschaften und Ersparnisse) und müssen mit späterer Armut rechnen, da sie kaum vorsorgen können. Ein Viertel ist arm, muss zwar nicht hungern und frieren, kann aber kein würdiges Leben mit sozialer und kultureller Teilhabe führen.

Der relative Wohlstand wird zulasten der Umwelt und durch Ausbeutung von Menschen in anderen Ländern erwirtschaftet. Für die Beseitigung menschunwürdiger Zustände (Pflege, Wohnungsnot) gibt es keine Mittel mehr.

Eine gerechtere Verteilung des Volkseinkommens und -vermögens würde viele Probleme beseitigen.

„Die Wirtschaftskrise ist überwunden“

… oder warum die Krise jederzeit wieder ausbrechen kann

„Die Probleme. Die es in der Welt gibt. Sind nicht in der gleichen Denkweise zu lösen, die sie erzeugt haben.“ A. Einstein 1921 angesichts der Weltwirtschaftskrise

Das Schlimmste überstanden – Ökonomen meinen: Die Wirtschafts-Krise ist bald vorbei – so lautete eine Schlagzeile des Focus bereits im August 2013.[18] Dies sieht nicht nur Focus so: Bundeskanzlerin Merkel lässt sich dafür feiern, und es scheint auch der Tenor der Mainstream-Medien zu sein und wird von einem Großteil der deutschen Bevölkerung so empfunden. In diesem Zusammenhang wird auch gerne darauf verwiesen, dass die Finanzmärkte nun reguliert seien und eine ähnliche Wirtschaftskatastrophe wie 2007/2008 künftig unwahrscheinlich sei. Belegt wird dies etwa mit dem „Banken-Stresstest“ im Jahr 2014, den alle deutschen Großbanken bestanden hätten.[19]

Hat die Politik die Finanzmärkte tatsächlich reguliert und sicherer gemacht? Schauen wir uns die verschiedenen Vorhaben der Politik und ihre Umsetzung an:

---

[18] http://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/das-schlimmste-ueberstanden-oekonomen-sicher-die-wirtschafts-krise-ist-bald-vorbei_aid_1066903.html (Aufruf 01.11.2014)

[19] Eine von 25 getesteten Großbanken – die Münchener Hypothekenbank - fiel durch, habe aber inzwischen ihr Eigenkapital so erhöht, dass sie den Stresstest inzwischen bestehen würde.

1. „Too big to fail“[20] – wurden Großbanken verkleinert?

Die international agierenden Großbanken, die sich 2007/2008 verspekuliert hatten und in Schieflage geraten waren, konnte man nicht einfach pleite gehen lassen, ohne einen Zusammenbruch des gesamten Wirtschaftskreislaufes zu riskieren. Die gefährliche Krisenverschärfung nach der Lehman-Pleite 2008 zeigte dies allzu schmerzlich: Die Banken waren „too big to fail“. Die Politik sah sich gezwungen, die Verluste der Großbanken mit Steuermitteln in Billionenhöhe auszugleichen, um den Kollaps des Finanzsystems zu verhindern. Entsprechend wurde gefordert, Großbanken zu zerschlagen und etwa wieder zum Trennbanken-System zurückzukehren, also Universalbanken wieder in Geschäftsbanken und Investmentbanken aufzuspalten.[21]

Hört man sich die Beteuerungen der Banker an, dann ist angeblich alles anders geworden. Die Commerzbank warb in Fernsehspots damit, aus der Krise gelernt zu haben, die Deutsche Bank beteuert beharrlich den Kulturwandel, dem sich das Institut verschrieben habe. Tatsächlich wäre es falsch zu behaupten, es habe gar keine Änderungen gegeben; so wurde etwa der Eigenhandel der Banken deutlich zurückgefahren, Bankerboni wurden gedeckelt, Bankberatungsgespräche müssen jetzt protokolliert werden. Dabei handelt es sich zwar um richtige, aber letztlich doch nur kosmetische Änderungen, die zudem oft unterlaufen werden.[22]

Am Kernproblem hat sich aber nichts geändert: Die Aufspaltung der Großbanken in solide Geschäftsbanken und riskante Investmentbanken, die man ggf. pleite gehen lassen könnte, ohne dass das gesamte Bankensystem kollabiert, konnte nicht durchgesetzt werden – die mächtige Finanzlobby hat sich durchgesetzt und dies verhindert.

Auch sind die Banken keinesfalls kleiner geworden. Viele sind sogar noch deutlich gewachsen: JP Morgan hat schwächelnde Konkurrenten ebenso aufgekauft wie etwa die Deutsche Bank, die während der Krise die Postbank übernommen hat. So sind die Big Player noch größer geworden – too big to fail gilt also auch weiterhin, entgegen allen Ankündigungen der Politiker.

---

[20] zu groß um Pleite zu machen

[21] Der Glass-Steagall-Act, der nach der Wirtschaftskrise der 30er Jahren die Trennung der Geschäftsfelder vorschrieb, war erst 1999 von der Clinton-Regierung aufgehoben worden.

[22] So wurde etwa die Bonusdeckelung durch eine Erhöhung der regulären Gehälter der Banker ausgehebelt.

Der oben erwähnte Stresstest der Banken, der deren angebliche Krisenfestigkeit nachweisen sollte, wird selbst in den regierungsnahen Medien nicht recht ernst genommen. So wird bezweifelt, ob das zugrunde gelegte Stress-Szenario realistisch war (Deflationsrisiken wurden beispielsweise nicht berücksichtigt). Auch bezweifeln Fachleute, dass die geforderte Kernkapitalquote[23] von 5,5%% ausreicht.[24]

Die Beschlüsse des EU-Parlaments zur sogenannten Bankenabwicklung im Falle einer Bankenpleite gehen immerhin in die richtige Richtung, nämlich sicherzustellen, dass nicht die Steuerzahler, sondern die Bankaktionäre und Gläubiger der Banken im Falle einer Bankenpleite haften. Die beschlossenen Maßnahmen reichen jedoch kaum: Der Abwicklungsfonds, der im Falle einer Bankenpleite anstelle der Staaten einspringen soll, soll bis 2022 mit 55 Mrd. Euro gefüllt werden. Diese Summe hätte aber nicht mal für die Rettung der HRE gereicht. Außerdem sind Schlupflöcher vorgesehen, die es Staaten erlaubt, Banken schon im Vorfeld einer Pleite mit Steuermitteln zu stabilisieren. Offenbar ist den politischen Akteuren selber bewusst, dass die bisherigen Maßnahmen ungenügend sind, denn auf dem G20-Gipfel im November 2014 wird weiter über das Thema „too big to fail“ beraten. Im Jahre 7 nach der Krise ist noch keine befriedigende Lösung in Sicht.

2. Der Staatsschuldenberg wächst weiter

Die Finanzsystemkrise ist nicht zuletzt auch eine Schuldenkrise. Da die Kaufkraft der Arbeitnehmer in den Industrieländern seit Jahren stagnierte oder zurückging, wurde die Nachfrage durch eine gigantische Ausweitung der Immobilien- und Verbraucherkredite gestützt. Parallel dazu stieg auch die Verschuldung der Staaten.

Die weltweiten Schulden übertreffen die weltweite Wirtschaftsleistung um mehr als das Dreifache. Eine Rückzahlung dieses Schuldenberges ist praktisch unmöglich.

Um das Finanzsystem zu stabilisieren, wird daher besonders von Deutschland eine Sparpolitik propagiert und durchgesetzt mit dem Ziel, die Schulden abzubauen und so destabilisierende Ausfallrisiken zu verkleinern. Die Austeritätspolitik hat jedoch die Wirtschaft vieler

[23] Eigenes Kapital im Verhältnis zu den ausgereichten Krediten.
[24] http://www.tagesschau.de/wirtschaft/stresstest-nachlese-101.html

Länder in die Rezession getrieben und so deren Staatshaushalte ruiniert, und die sinkenden Löhne bzw. Sozialausgaben haben die private Verschuldung in neue Höhen getrieben. Gleichzeitig werden die Finanzmärkte mit immer billigerem Zentralbankgeld befeuert, um die Wertpapierkurse abzustützen – und so neue Schulden (und Inflationsrisiken) generiert. Im Endeffekt sind die weltweiten Schulden von Privatpersonen, Staaten und Unternehmen seit der Krise sogar deutlich gestiegen, um ca. 30%% – und das Finanzsystem ist also noch deutlich unsicherer als vor der Krise. Nur ein radikaler Schuldenschnitt kann dieses Dilemma lösen.

3. Das Casino läuft weiter

Eine weitere wesentliche Rolle beim Ausbruch der Finanzkrise spielten dubiose Wertpapiere, die intransparent konstruiert waren und durch betrügerisch zustande gekommene Bonitäts-Ratings handelbar wurden (z. B. CDOs). Diese Wertpapiere wurden massenweise von Banken gekauft, erwiesen sich nach Beginn der Krise jedoch als wertlos und unverkäuflich. Um die Bankbilanzen davon zu entlasten, wurden diese Papiere in „Bad Banks“ ausgelagert, für die in der Regel die Staaten garantieren (und wohl noch jahrzehntelang dafür bezahlen).

Diese skandalösen Vorgänge sollten unterbunden werden: Kein Wertpapier dürfe unreguliert bleiben, forderte seinerzeit Bundeskanzlerin Merkel. Geschehen ist jedoch nichts. Manche Papiere verschwanden zwar vom Markt, dafür wurden ähnlich dubiose Papiere neu kreiert. Viele Geschäfte laufen nämlich „over the counter“ (OTC), also außerhalb der kontrollierten Börsen, neuerdings sogar in neuartigen, unkontrollierten virtuellen Online-Börsen. Die staatlichen Aufseher können diese Geschäfte gar nicht kontrollieren, da sie von ihnen in der Regel nichts erfahren.

Wollte man die Zockerei mit fragwürdigen Wertpapieren wirkungsvoll unterbinden, dann müsste man die OTC-Geschäfte und Schattenbörsen verbieten und unter Strafe stellen – doch dies geschieht nicht.

4. Ratingagenturen

Rating-Agenturen haben eine immense Macht, da viele Finanzinvestitionen auf deren Ratings beruhen; sie haben allerdings versagt, als sie die krisenauslösenden CDOs und ASBs[25] bis 2007 als werthaltig und sicher eingestuft hatten. Dass Ratingagenturen ihre neutrale Bewertungsfunktion nicht erfüllen können, da sie als (amerikanische) Privatunternehmen eng mit den (amerikanischen) Privatbanken, die ihre eigenen Papiere verkaufen wollen, verbunden sind, wurde nach 2007 offensichtlich. Gefordert wurde daher eine öffentliche, europäische Ratingagentur anstatt der korruptionsanfälligen privaten. Geschehen ist bisher nichts.

5. Hochfrequenzhandel

Während eines „Flash Crashs“ an der Wallstreet, als der Dow Jones innerhalb von Minuten um 1000 Punkte abstürzte, wurde eine längst bekannte Gefahr offensichtlich: Der Hochfrequenzhandel.

Ein Großteil des Börsenhandels beruht nicht auf Handelsaufträgen von Marktteilnehmern, sondern läuft automatisiert ab: Computerprogramme analysieren laufend die Marktbewegungen und handeln nach vorgegeben Algorithmen selbstständig. Dabei werden im Sekundentakt Marktbewegungen ausgenutzt, um von kleinsten Kursschwankungen zu profitieren. Das Problem dabei ist, dass so Kursbewegungen verstärkt oder sogar erst angestoßen werden. Fällt etwa ein Wert unter eine definierte Marke, verkaufen diese Programme automatisch die entsprechenden Papiere; so können sie in Sekundenschnelle unkontrollierbare Kursbewegungen – und eben auch einen Crash – auslösen. Hier wurden zwar jüngst einige Regeln verschärft, ohne jedoch die Gefahren wirksam einzudämmen. Der Hochfrequenzhandel gehört grundsätzlich verboten, doch das geschieht nicht.[26]

Diese fünf genannten Punkte zeigen: Das Finanzsystem ist keineswegs stabiler geworden, die Risiken sind seit der letzten Krise eher gestiegen: „Belassen wir das System, wie es ist, können wir jederzeit wieder in eine Krise schlittern“, urteilt der Wissenschaftler Stefan

[25] Collateralizes Dept Obligations und Asset Backed Securities.
[26] http://www.wiwo.de/finanzen/boerse/hochfrequenzhandel-blitztrader-zocken-mit-dem-geld-normaler-sparer/9964646.html

Thurner. Laut seiner Studie ist in manchen Ländern das systemische Risiko viermal höher als 2008, und ein Crash würde entsprechend das Vierfache kosten.[27]

Das Gerede von der überwundenen Krise ist jedoch nicht nur in finanztechnischer und -juristischer Hinsicht verlogen, es ist auch zynisch: Das weltweite Finanzcasino mag zwar einstweilen wieder einigermaßen funktionieren. Die akute Finanzkrise bekam man aber nur in den Griff, indem man eine verheerende Sozialkrise auslöste. Die Kosten der Krisenbewältigung wurde den Staaten und den Steuerzahlern aufgebürdet; die Folge: Massenarbeitslosigkeit und zusammenbrechende Sozialsysteme in vielen Ländern. Wer angesichts der sozialen Krisenfolgen (50% Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa, Massenobdachlosigkeit in den USA etc.) von einer überwundenen Krise spricht, zeigt ein menschenverachtendes Verständnis von Wirtschaft: Profite für wenige, statt Wohlstand für alle.

[27] Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 25.11.2014, S. 25.

„Deutschland vergreist!“

… oder warum wir die Warnungen vor der Unbezahlbarkeit des demographischen Wandels nicht ernst nehmen sollten

Ja, es gibt ernstzunehmende Entwicklungen in der Zusammensetzung der Gesellschaft. In einigen Jahrzehnten wird es mehr ältere Menschen geben und weniger junge als heute. Und natürlich muss die Politik darauf reagieren – in der Stadtplanung und beim Wohnungsbau zum Beispiel.

Von solchen Herausforderungen sprechen die Journalisten, Politiker, Versicherungsleute usw. jedoch nicht, wenn sie dramatisierend von einer drohenden „demographischen Katastrophe“ sprechen. Sie meinen vielmehr, dass es künftig immer mehr Rentner gibt, deren Renten sowie Krankheits- und Pflegekosten eine schrumpfende Zahl von Arbeitnehmer zu tragen hätte, wobei diese „Sandwich-Generation“ auch noch die Jungen versorgen müsse, die noch nicht im Arbeitsmarkt sind. Dadurch würden die Sozialbeiträge immer höher und wären schließlich nicht mehr zu schultern. Gefordert und teils schon umgesetzt wurde daher ein Abbau der Sozialleistungen (z. B. Rentenkürzungen).[28]

---

[28] Franz Müntefering (SPD), Sommer 2003:
„Wir Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit die drohende Überalterung unserer Gesellschaft verschlafen. Jetzt sind wir aufgewacht. Unsere Antwort heißt: Agenda 2010! Die Demographie macht den Umbau unserer Sozialsysteme zwingend notwendig.“
Gerhard Schröder, Sommer 2003:
„Und wir müssen anerkennen und aussprechen, dass die Altersentwicklung unserer Gesellschaft, wenn wir jetzt nichts ändern, schon zu unseren Lebzeiten dazu führen würde, dass unsere vorbildlichen Systeme der Gesundheitsversorgung und Alterssicherung nicht mehr bezahlbar wären.“

Ist diese Argumentation stimmig?

Betrachten wir die Zahlen des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2009:

Im Jahr 2020 werden rund 2 Millionen mehr ältere Menschen (über 65 Jahre) in Deutschland leben; ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wüchse dadurch, bei einer angenommenen Zuwanderung von 200 000 Menschen pro Jahr, um 3 Prozent.[29]

Schon diese Zahlen taugen nicht zur Dramatisierung und zur Rechtfertigung der bereits erfolgten und künftig beabsichtigten Kürzungen der Sozialleistungen. Und selbst der geringe prognostizierte Anstieg des „Altenanteils" bis 2020 an der Gesamtbevölkerung relativiert sich:

Erstens hat sich die Grundannahme, dass höchstens 200 000 Personen mehr einwandern als auswandern, nicht bestätigt. 2013 kamen 367 000 Menschen nach Deutschland – fast doppelt so viele wie von den Bundesstatistikern angenommen.

Wenn man die tatsächlichen Einwandererzahlen zugrunde legt, verändert sich die Alterszusammensetzung der Gesellschaft bis 2020 kaum, da überwiegend junge Menschen zuwandern.[30]

Zweitens sind erwartbare Kosten-Steigerungen für Renten- und Pflegeleistungen von 10-20% (eigene Schätzung) in den bisher erfolgten Sozialkürzungen längst eingerechnet: das Rentenniveau wird nämlich absinken von früher mal 60% auf nur gut 40% des Nettolohnes, der Renteneintritt wurde verschoben auf das 67. Lebensjahr – vermutlich wurden künftige Kostensteigerungen längst „überkompensiert". Bedarf für weitere Kürzungen besteht jedenfalls nicht.

[29] Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Berlin 2009, S. 17, Tabelle 2.

[30] Längerfristige Voraussagen einer dramatischen Vergreisung bis 2060, die in der öffentlichen Debatte oft verwendet werden, verbieten sich methodisch erst recht, wenn selbst die Grundannahmen des Stat. BA schon nach fünf Jahren überholt sind.

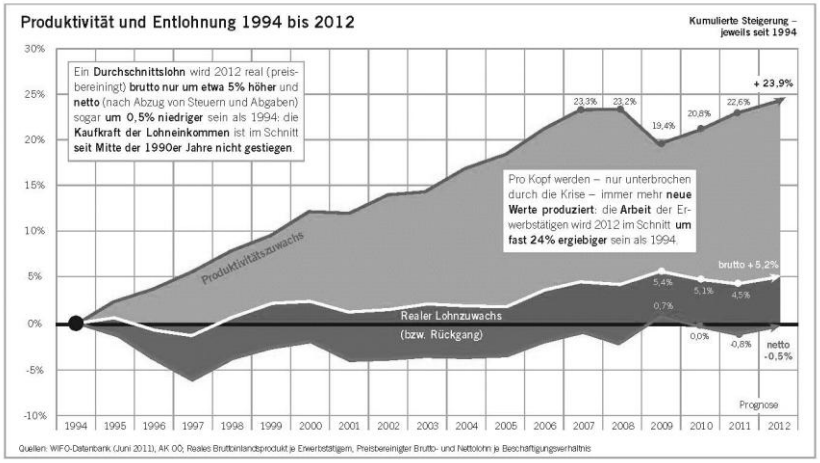


Abbildung 1: Die Entwicklung von Produktivität und Entlohnung zwischen 1994 und 2012

Hinzu kommt: In den letzten 15 Jahren sind die Reallöhne im Durchschnitt nicht mehr gestiegen, d. h., es wurde nur ein Inflationsausgleich gewährt, während Produktivitätssteigerungen sich nicht in den Lohnerhöhungen niederschlugen – diese Produktivitätsgewinne flossen ausschließlich in die Taschen der Arbeitgeber.[31] Wären die Löhne verteilungsneutral gestiegen – also Lohnsteigerungen in Höhe von Inflationsrate plus Anstiegsrate der Produktivität – dann wären die Löhne heute rund 25% höher und die daran gekoppelten Einnahmen der Sozialkassen wären entsprechend gestiegen. Ein Finanzierungsproblem der Sozialkassen bestünde dann gar nicht. Die Kassen haben also kein Ausgabeproblem, sondern ein Einnahmeproblem: Deren Defizite beruhen auf einer schrumpfenden Lohnsumme, nicht auf steigenden Renten- und Pflegekosten.

Eine weitere, schon aus Gerechtigkeitsgründen gebotene Maßnahme zur nachhaltigen Stärkung der Sozialkassen ist die Einbeziehung von Beamten und Selbstständigen in das Solidarsystem der Sozialkassen sowie die Einbeziehung von Kapitalerträgen: Dann könnten sogar die Beiträge für alle sinken – bei gleichbleibendem Leistungsniveau.

Dass die Produktivitätssteigerung demographische „Probleme“ ohne

[31] Während die Netto-Reallöhne seit vielen Jahren kaum noch stiegen, sind die Unter-
entgangene Summe auf 1,2 Billionen (!) Euro (Quelle: ARD, „Der Kinderreport“, 11.08.2014) – s. Schaubild.

weiteres löst, zeigt auch die historische Entwicklung: Während um 1900 noch 12 Beschäftigte einen Rentner versorgten, kommt heute bereits ein Rentner auf 3 Arbeitende. Da durch den Produktivitätsfortschritt jedoch zugleich die Verteilungsmasse stieg, wurden beide Gruppen immer „reicher" – der gestiegene Rentneranteil konnte locker finanziert werden. Dieser Effekt würde auch in Zukunft eintreten – sofern die Produktivitätsgewinne nicht einseitig durch die Arbeitgeber eingestrichen würden.[32]

Zusätzlich gestärkt würden die Rentenkassen, wenn auch Beamte und Selbständige in das Umlageverfahren einbezogen würden.

Mit der übertriebenen Angstmacherei vor dem demographischen Wandel wurde ein Umbau unseres Sozialsystems – eigentlich ein Sozialabbau – legitimiert: die paritätisch auch von Arbeitgebern mitfinanzierten Sozialversicherungen wurden beschnitten und gedeckelt, gleichzeitig wurden die Menschen aufgefordert, die durch die Kürzungen entstehenden Versorgungslücken bei privaten Versicherungsunternehmen abzusichern. Deren Produkte – z. B. die Riesterrente, Lebens-versicherungen – sind jedoch teuer und bringen aller Voraussicht nach nicht die versprochenen Renditen. Sie haben bloß den Versicherern schöne Gewinne beschert.[33]

Ein Blick in Nachbarländer wie Dänemark, die Niederlande oder sogar die Schweiz zeigt, dass zukunftsfeste und gerecht finanzierte Rentenmodelle möglich sind. Entsprechend weniger Wirbel macht man dort um den demographischen Wandel, obwohl die Bevölkerungsentwicklung ähnlich ist.

Fazit: Die Warnungen vor den Gefahren des demographischen Wandels lassen sich nicht stichhaltig begründen; sie dienen bloß zur Durchsetzungen von Rentenkürzungen, privater Altersvorsorge und ungerechter Wohlstandsverteilung.

---

[32] Der Verteilungsspielraum würde bereits bei einem geringen Wirtschaftswachstum von jährlich einem Prozent reichen, um auch ohne Rentenkürzungen die künftigen Renten zu bezahlen und zugleich den Wohlstand der arbeitenden Beitragszahler deutlich zu erhöhen, vgl. Bosbach, Anm. 33.

[33] Vgl. auch Gerd Bosbach, Demographische Entwicklung – Realität und mediale Aufbereitung. In: Berliner Debatte Initial 3/2006; auch: G. Bosbach, www.taz.de/Demografie-als-Angstmacher/!131729/

„Der Staat muss sparen“

… oder warum wir keine „Sparpolitik“ brauchen

„Immer öfter verlangt unsere „Elite“, wir müssten unsere Gürtel enger schnallen. Wobei mit „wir“ natürlich diejenigen gemeint sind, die sich oft noch nicht einmal eine Hose leisten können,“
Frank Wisniewski, Informatiker

Dass der Staat sparsam und verantwortungsvoll mit den Steuergeldern umgehen muss, ist eine Selbstverständlichkeit. Wenn etwa Milliarden für ein Verkehrsprojekt mit fraglichem Nutzen ausgegeben werden, die an anderer Stelle dringend gebraucht würden (wie etwa bei Stuttgart 21), oder gar in einem endlosen Baudesaster verbuddelt werden (Flughafen BER), dann ist der Protest der Bürger verständlich, und in diesem Sinne ist die Forderung, der Staat müsse sparen, oder besser gesagt, sein Geld sinnvoll ausgeben, fraglos richtig.

Richtig ist auch, dass eine hohe Staatsverschuldung zu einigen Problemen führen kann: Für die Schulden werden Zinsen fällig, die den finanziellen Spielraum des Staates einengen – anstatt mit den Steuern Schulen und Straßen zu bauen, fließt ein Teil der Steuern als Zinsen in die Taschen der Gläubiger – und geht so den Bürgern verloren. Eine Überschuldung des Staates kann schließlich zu allzu großer Abhängigkeit von den Finanzmärkten führen bis hin zur Handlungsunfähigkeit bei drohendem Staatsbankrott, wie man am Beispiel Griechenlands sieht.

Mit diesen Argumenten und dem Hinweis, man dürfe im Sinne einer Generationengerechtigkeit keine weiteren Staatsschulden anhäufen, wird nun eine rigorose Sparpolitik durchgeführt: Eine in der Verfassung kürzlich verankerte „Schuldenbremse“ soll die Neuverschuldung des Bundes ab 2016 und der Bundesländer ab 2019 fast völlig verbieten; bereits jetzt lässt sich der Bundesfinanzminister für eine

„schwarze Null" im Bundeshaushalt, also einen ausgeglichenen Staatshaushalt, feiern.[34] Im Interesse dieser Haushaltspolitik wird bei Sozialausgaben, bei Infrastruktur-Investitionen und bei Personalausgaben des Staates massiv gespart.

Ist dies tatsächlich eine vernünftige, begrüßenswerte Finanzpolitik?

Zweifel daran sind berechtigt: Am Beispiel der Staatsinvestitionen lässt sich zeigen, dass die Sparpolitik der Bundesregierung kontraproduktiv ist. Allein bei den Kommunen hat sich durch die Sparpolitik der letzten Jahre ein Investitionsstau von geschätzten 100 Milliarden Euro aufgebaut[35] – Geld, das für dringende Sanierung der Schulen, der Kanalisationen usw. gebraucht würde. Zugleich wird im sozialen Bereich massiv gespart, weil angeblich kein Geld da ist – mit fatalen Folgen für sozial Abhängige, z. B. Wohnungssuchende, Kinder, Erzieherinnen, Pflegebedürftige. Auch auf der Bundesebene sieht es düster aus: Ein Drittel der Autobahnbrücken ist bereits marode, manche müssen bereits gesperrt werden. Bei den Wasserwegen sieht es ähnlich aus, siehe das Beispiel Nord-Ostsee-Kanal. Allein für den Erhalt der bestehenden Infrastruktur wären nach Berechnungen des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans Böckler Stiftung 300 Mrd. nötig.[36] Diese nötigen Ausgaben in die Zukunft zu verschieben, hat nichts mit Sparsamkeit und nichts mit Generationengerechtigkeit zu tun:

Sparsam ist diese Politik nicht, weil die Sanierungskosten mit zunehmendem Verfall der Infrastruktur immer höher werden. Rechtzeitig reparieren ist erstens billiger als eine spätere Totalsanierung oder gar ein ggf. nötiger Neubau. Zweitens geht verzögerte Renovierung der Infrastruktur mit aktuellen Mehrkosten einher: Schlaglöcher führen zu erhöhtem Verschleiß der Fahrzeuge, gesperrte Brücken führen zu längeren Wegen und damit höheren Fahrkosten. In manchen Gebieten – z. B. dem Sauerland – denken manche Unternehmen bereits über eine Standortverlagerung nach, da nötige Schwertransporte kaum noch zu bewerkstelligen sind. So mag man zwar etwas an Steuern sparen, dafür entstehen aber höhere Kosten an anderer Stelle.

---

[34] Auch Düsseldorf wirbt mit angeblicher Schuldenfreiheit – offenbar finden die Menschen also die entsprechende Politik attraktiv.

[35] http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/kommunen-ohne-neue-schulden-und-ohne-investitionen-a-875742.html (Aufruf am 06.10.2014)

[36] http://de.reuters.com/article/domesticNews/idDEBEE99L02820131022 (Aufruf am 06.10.2014)

In ähnlichem Maße wirken sich auch unterlassene Neuinvestitionen in ein modernes Datennetz, in ein nachhaltiges Energienetz oder unzureichende Investitionen in die Forschung aus. Schnelle Internetverbindungen sind längst zu einem Muss für moderne Industrien geworden – doch Deutschland hinkt aufgrund der falsch verstandenen Sparpolitik auch beim Ausbau der Glasfasernetze im internationalen Maßstab hinterher. Auch der Ausbau eines modernen Energiesystems („Energiewende“) geht zu langsam voran.

Die veraltete Infrastruktur wird so zunehmend zu einer Belastung für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Wenn aber Unternehmen abwandern, gehen Steuereinnahmen und Arbeitsplätze verloren. „Sparsamkeit“ wird somit teuer bezahlt.

Mit Generationengerechtigkeit hat diese Sparpolitik auch nichts zu tun. Man mag zwar spätere Generationen von Zinszahlungen entlasten, wenn man jetzt weniger Schulden macht, dafür bürdet man diesen Generationen umso höhere Kosten für den späteren Neubau der nötigen Infrastruktur auf. Gewonnen wird damit nichts, die Belastungen werden eher höher sein.

Besonders gefährlich sind Einsparungen im ökologischen, sozialen oder Bildungsbereich. Jeder in Gesundheitsvorsorge investierte Euro zahlt sich mehrfach aus, denn die Heilung von Krankheiten kostet mehr als deren Verhinderung. Der Erhalt der Umwelt durch moderne Umwelttechnologien mag Geld kosten, aber eine ruinierte Natur kommt viel teurer zu stehen. Und es ist eine Binsenweisheit, dass jeder in Bildung investierte Euro sich „gut rentiert“ (wenn man dieser ökonomischen Denkweise folgen will): Bildung ist Grundlage unseres Wohlstandes. Die Sparwut von heute muss morgen teuer bezahlt werden.

Die „Schuldenbremse“, die ab 2016 die Staatsschulden eng begrenzt (die Länder haben etwas mehr Zeit), hat noch einen weiteren gefährlichen Effekt: wenn der Staat bald keine Schulden mehr machen darf und folglich noch weniger investieren kann, dann werden private Investoren einspringen – und zwar mit Vergnügen: Die immense Geldmengen, die sich in den letzten Jahrzehnten durch die hemmungslose Bereicherung an den Finanzmärkten gebildet haben, finden endlich eine sichere Anlage. Straßen werden dann von privaten Investoren gebaut – die dafür natürlich eine Rendite, einen Gewinn auf ihre Investitionen erwarten. Wie derzeit bereits viele Krankenhäu-

ser und Universitäten, werden dann bald auch Straßen, Schulen und Gefängnisse privat betrieben. Während staatliche Einrichtungen keine Gewinne machen müssen, erwarten private Investoren aber Gewinne, Renditen auf ihr investiertes Geld. Letztlich wird damit alles teurer, denn die Nutzer von Straßen oder anderen öffentlichen Einrichtungen müssen nicht nur deren Bau und Erhalt, sondern auch noch die Gewinne der Privatinvestoren finanzieren.[37]

Vermutlich liegt hierin auch der eigentliche, dem Bürger verschwiegene Zweck der Schuldenbremse: Neue Investitionssektoren zu erschließen für das überakkumulierte Kapital, das längst so riesig geworden ist, dass die Realwirtschaft und auch die Finanzmärkte es nicht mehr sinnvoll aufnehmen können. Wenn der Staat sich zurückziehen muss, weil er angeblich kein Geld mehr hat, öffnen sich neue gigantische Anlagemärkte für dieses Kapital.

Die Sektoren der öffentlichen Daseinsfürsorge werden dann durch Privat-unternehmen beherrscht – der Staat übernimmt nur noch eine Ordnungsfunktion. So entsteht ein Feudalismus des 21. Jahrhunderts – die Wasserversorgung, das Bildungs- und Gesundheitswesen, die Verkehrswege, schließlich die ganze Welt gehört dann den Reichen, die damit Gewinne machen. Demokratische Teilhabe hat dabei keinen Platz mehr.

Doch wie ließe sich das Dilemma lösen, wie kann man all die anstehenden Aufgaben finanzieren ohne den Staat zu überfordern?

Deutschland ist nicht arm. Denn es sind keineswegs die „normalen" laufenden Kosten, die den Staat finanziell ausbluten:

Erstens entstand die Hälfte der derzeitigen Staatsschulden durch die Kosten der Wiedervereinigung und der letzten Finanzsystemkrise. Während sich Privatunternehmer die Vermögenswerte der DDR, etwa die „Filetimmobilien" oder die gesunden Teile der DDR-Unternehmen, aneigneten (oft noch durch staatliche Subventionen gefördert), musste der Steuerzahler die DDR-Lasten übernehmen. Und für die Rettung der Banken und der großen Finanzunternehmen wurden während der Finanzkrise quasi über Nacht rund 300 Mrd. locker gemacht. Entgegen den Ankündigungen wurden diese Finanz-

[37] Privat erbrachte Leistungen sind oft auch schlechter als staatliche, wie aktuell z. B. die Zustände in privat gesicherten Flüchtlingsheimen („Burbach") zeigen: Privatunternehmer zahlen oft geringere Löhne, um die Gewinne zu erhöhen – und senken damit oft auch den Leistungsstandard.

akteure jedoch bisher kaum an den Kosten ihrer Rettung beteiligt.

Zweitens gehen dem Staat durch „kreative“ Steuervermeidung von Großunternehmen, die Gewinne in Steueroasen lenken und dort zu Minisätzen versteuern, jährlich allein in Deutschland nach konservativer Schätzung rund 90 Mrd. Euro[38] verloren.

Drittens entgehen dem Staat Einnahmen durch die Absenkung der vermögensbasierten Steuern in den letzten Jahren, etwa der Kapitalertragsteuer und der Körperschaftssteuer sowie der faktischen Abschaffung der Vermögenssteuer.

Allein durch Beendigung der „Steuervermeidung“ (z. B. durch Verbot der Gewinnverschiebung in Steueroasen) und durch eine angemessene Beteiligung großer Finanzakteure an ihren Rettungskosten (z. B. durch eine Finanztransaktionssteuer, die nicht nur den Staat entlasten, sondern auch volkswirtschaftlich schädliche Spekulation erschweren würde) sowie durch die Wiedereinführung einer maßvollen Vermögenssteuer bzw. Erhöhung anderer vermögensbasierter Steuern könnte man die Staatsverschuldung innerhalb eines Jahrzehnts halbieren und gleichzeitig die notwendigen Zukunftsinvestitionen tätigen. So würde man zukünftigen Generationen keine Kosten aufbürden, sondern eine wohlgeordnete Welt hinterlassen.

Die stärkere Heranziehung großer Vermögen wäre auch keineswegs ungerecht, denn diese profitierten in besonderem Maße von der Wiedervereinigung, der Bankenrettung und der Absenkung von vermögensbasierten Steuern in den letzten Jahren. Und es sind auch die Vermögenden, die z. B. als (Aktien-)Besitzer der Unternehmen oder als überdurchschnittliche Nutzer von Flughäfen etc. in besonderem Maße von einer modernen Infrastruktur profitieren würden.

Und bis zu dem Zeitpunkt, da eine solche Neuausrichtung der Finanzpolitik greifen würde, kann man das Schuldenaufnehmen durchaus gelassener sehen: Derzeit sind die Zinsen für den Bund auf historisch niedrigstem Niveau. Schuldenmachen ist derzeit also günstig wie nie (Häuslebauer wissen das) und rentiert sich. Für 100 Mrd. neue Schulden müsste der Bund derzeit nur rund 1 Mrd. Zinsen pro Jahr zahlen – der Ertrag einer Modernisierungsoffensive mit dieser Summe

[38] So das keineswegs linke Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung laut http://www.focus.de/finanzen/steuern/steuervermeidung-im-grossen-stil-deutsche-unternehmen-prellen-finanzamt-um-viele-milliarden_aid_999950.html (Aufruf am 06.10.2014)

wäre sicherlich um ein vielfaches höher.[39]

Fazit: Die Bundesregierung verkauft als Sparpolitik, was eigentlich ein sträfliches Verpassen von Investitionschancen ist, die letztlich für die meisten und besonders für unsere Kinder sehr teuer werden wird; nur wenigen Vermögenden verschafft diese Politik die Aussicht auf künftige lukrative Anlagemöglichkeiten. Eine Alternative zu dieser Politik besteht kurzfristig in der Nutzung historisch tiefer Zinsen und mittelfristig in der Herstellung von Steuergerechtigkeit.

[39] Auch der IWF kritisiert die aktuelle Sparpolitik der Bundesregierung und fordert mehr kreditfinanzierte Investitionen: Vgl. Claus Hulverscheidt, Die „Tea Party Europas", SZ Nr. 234 / 2014

„Globalisierung schafft Wohlstand für alle“

… oder warum wir eine andere Globalisierung brauchen

Das von vielen Medien beständig vermittelte Bild unseres modernen Lebens in einer globalisierten Welt ist bunt und fröhlich. Konsum und Freizeit sind die Hauptthemen. Wir sehen vorzugsweise junge, attraktive Menschen unterschiedlichster Abstammung, die mittels neuester Smartphones rund um den Globus kommunizieren. Die Facebook-Gemeinde kennt keine Grenzen und Ressentiments irgendwelcher Art. Es herrscht ununterbrochen gute Laune. Man reist preisgünstig um die ganze Welt und findet selbst noch im australischen Busch sein gewohntes Starbucks-Cafe. Hochglanzmagazine halten die inter-nationale Gemeinschaft hipper, junger Leute über die gerade angesagten Trends auf dem Laufenden. Alles ist zu jeder Zeit verfügbar, zu günstigsten Preisen und sofortige Lieferung ist garantiert. Ja, ein fast perfektes Leben, das uns da täglich dargeboten wird.

Bei näherem Hinsehen scheint eine solche Betrachtungsweise jedoch ein wenig oberflächlich zu sein. Die solchermaßen gepriesene Globalisierung hat durchaus eine dunkle Seite. Im Folgenden wird der Versuch gemacht, etwas Licht ins Dunkle zu bringen. Dazu müssen wir allerdings zunächst ein wenig zurückblicken.

Als Mitte der 1970er Jahre der wirtschaftliche Nachkriegsboom nicht nur in der BRD, sondern in fast allen westlichen Industrieländern abzuklingen begann, sahen sich die Regierenden einem bis dahin unbekannten wirtschaftlichen Phänomen gegenüber, der Stagflation, d. h. zunehmender Wachstumsschwäche bei gleichzeitig steigender Inflation und Massenarbeitslosigkeit.

Unter dem Eindruck der anhaltenden Krise geriet das Bündnis zwischen Kapital und Arbeit, im damaligen Deutschland auch „Rheinischer Kapitalismus“ genannt, das bislang die sog. Soziale Marktwirtschaft begründet hatte, sehr bald ins Wanken und ausgehend von den USA und Großbritannien wurde ein wirtschaftspolitischer Richtungswechsel vorgenommen. Die zentralen Leitlinien dieser folgenschweren ökonomischen Weichenstellung gelten im Wesentlichen bis heute und lassen sich unter dem Begriff „Neoliberalismus“ bündig zusammenfassen

Die Anhänger der neuen Lehre in Wissenschaft, Politik und Medien verkündeten eine einfache Botschaft: Wenn nur erst die Wirtschaft aus den Fesseln sozialstaatlicher Hemmnisse und gewerkschaftlicher Zwänge gelöst sein würde, wenn also allein die sogenannte „unsichtbare Hand“ der Marktkräfte regierte, würde sich von selbst wieder eine dauerhaft prosperierende Wirtschaft ergeben und Wohlstand für alle schaffen, und das in globalem Maßstab. In diesem Sinne gebrauchen die Vertreter des Neoliberalismus den Begriff „Globalisierung“ bis heute.

Im Schlussbericht der Enquete-Kommission des Bundestages (2002) zum Thema Globalisierung der Wirtschaft heißt es dazu euphorisch: „Die Globalisierung eröffnet ein großartiges Spektrum an sozialen und wirtschaftlichen Chancen für die Menschheit. Mehr Wohlstand und Wachstum durch Produktivitätssteigerung, neue Möglichkeiten der weltweiten Arbeitsteilung durch Handel und Kapital, Überwindung geographischer Standortnachteile durch neue Technologie…“

Es geht den Vertretern der neoliberalen Globalisierung also zunächst um eine Weltwirtschaftsordnung, die den freien Fluss von Waren, Finanzmitteln und Dienstleistungen über alle Grenzen hinweg gewährleistet. Erst unter dieser neu zu schaffenden Voraussetzung, hieß es, ließe sich zum Wohle aller eine effektive Nutzung der stofflichen, finanziellen und humanen Ressourcen schaffen. Dass sich dahinter weitergreifende Vorstellungen verbergen, wird noch zu erläutern sein.

Nach nun fast 40 Jahren eines weltweit durchgesetzten neoliberalen Regimes darf man heute fragen, ob die auf breitester medialer Front ständig wiederholten Versprechen tatsächlich eingelöst worden sind.

Vom Versprechen eines Wohlstandes für alle sind wir weiter entfernt denn je. Laut dem Oxfam-Armutsbericht von 2015 verfügt gegenwär-

tig 1% der Weltbevölkerung über mehr Vermögen als die restlichen 99% zusammen. Indem viele Medien dem Publikum die suggestiven Bilder einer stets glücklich und sorgenfrei konsumierenden globalen Gemeinde liefern, lenken sie von der Tatsache ab, dass es sich dabei um eine Minderheit von Privilegierten handelt. Die ungleiche Verteilung der Güter und Dienstleistungen, welche die Weltwirtschaft in den letzten beiden Jahrzehnten hervorgebracht hat, ist weiterhin skandalös und sie nimmt ständig zu.

Sicher wird nicht gänzlich verschwiegen, dass es gegenwärtig noch Regionen gibt, die in ihrer Entwicklung zurückliegen. Als Grund für deren Rückständigkeit wird aber stets angeführt, dass man dort neoliberale Grundsätze entweder noch gar nicht oder eben nicht konsequent genug umgesetzt habe und deshalb „Reformen“ dringend nötig seien. Diese Begründung ist irreführend, denn, wie im Folgenden gezeigt werden soll, hat die fast weltweit durchgesetzte neoliberale Politik die Befreiung aus der prekären Lage, in der sich weite Teile der Weltbevölkerung heute noch befinden, nicht nur nicht auflösen können, sondern sie muss im Gegenteil als wesentliche Mitverursacherin der defizitären Entwicklung angesehen werden.

Diese Behauptung soll durch einen Blick auf wichtige Strukturmerkmale der gegenwärtigen, im neoliberalen Sinne globalisierten Weltwirtschaft näher begründet werden.

Dabei wäre an erster Stelle das beschleunigte Wachstum internationaler Konzerne zu nennen und ihr besonderer Einfluss auf politische Entscheidungen. In ihren Chefetagen wird über einen Großteil der globalen Wirtschaftsaktivitäten entschieden. Sie konzentrieren sich in wenigen Zentren und nehmen von dort Einfluss auf die von ihnen abhängigen Peripherien, zu denen wesentlich auch die Länder der sogenannten Dritten Welt gehören. Diesen Konzernen vor allem bietet das bereits weitgehend durchgesetzte neoliberale Wirtschaftskonzept mit seiner Kernforderung, der Beseitigung möglichst aller Handelshemmnis, die günstigsten Profitmöglichkeiten und Expansionschancen.

Angeführt wird die Phalanx dieser internationalen Unternehmen durch eine Gruppe von etwa 100 Konzernen, die gegenwärtig allein ca. 23% des Welthandels abwickeln. Ihre Bilanzsummen übersteigen schon seit langem die Etats vieler Nationalstaaten. Die Unternehmen stehen untereinander in harter Kostenkonkurrenz, soweit sie sich

nicht durch widerrechtliche Kartellbildung daraus befreit haben. Nur diejenigen, denen es gelingt, bei der Bereitstellung von Kapital, Zahlung von Löhnen, Nutzung angebotener Infrastruktur und im Umgang mit Umweltauflagen mit den geringsten Kosten auszukommen, haben auf Dauer Erfolg am Markt.

Was aus der Perspektive des einzelnen Unternehmens betriebswirtschaftlich geboten erscheint, hat auf der volkswirtschaftlichen Ebene der Staaten negative Konsequenzen. Die finanzielle Übermacht der Konzerne erlaubt es ihnen, ihre Interessen gegenüber den Staaten, in denen sie tätig werden, weitgehend durchzusetzen. Denn in dem Bemühen der Staaten, attraktive Bedingungen für deren Direktinvestitionen und Kapitalbeteiligungen zu bieten, lassen sie sich auf eine gefährliche Standortkonkurrenz untereinander ein.

Zu den Maßnahmen, die aus dieser wirtschaftlichen Perspektive den Standort attraktiver machen, gehören regelmäßig: Lohnsenkung, Sozialabbau, Verzicht auf Steuereinnahmen, Bekämpfung gewerkschaftlicher Aktivitäten und Nichtbeachtung ökologischer Standards. Die regelmäßige Folge einer solchen Politik ist letztlich die Blockade einer gleichgewichtigen volkswirtschaftlichen Entwicklung zum Nutzen breiter Bevölkerungsschichten. Tatsächlich sind oft genug lediglich lokale Eliten die Profiteure einer solchen Politik. Es scheint dabei gleichgültig zu sein, ob die betroffenen Staaten eine diktatorische oder eine parlamentarische Führung aufweisen. Transparency International belegt seit Jahren, dass Korruption eine regelmäßige Begleiterscheinung bei der Abfassung von Verträgen zwischen ausländischen Konzernen und den Regierungen der Gastländer ist. Und wenn einmal die Interessen der Investoren durch staatliche Auflagen gefährdet erscheinen, genügt oft genug die Androhung der Beendigung des Engagements, um deren Rücknahme zu veranlassen.

Ohne die gesellschaftspolitischen Kräfte, welche das neoliberale Modell durchgesetzt haben (mit dem Versprechen Wohlstand für alle zu schaffen), hätten die Konzerne ihre überragende Marktmacht nicht erreichen können.

Ein Blick auf die innere Struktur der internationalen Organisationen wie der UNO, der Weltbank, der WTO und des IWF zeigt deutlich das Entscheidungsübergewicht der USA und ihrer nordatlantischen Verbündeten. Die USA als letzte Hegemonialmacht im Verbund mit jenen europäischen Nationen, die eine bedeutende imperiale Vergangenheit

haben und entsprechende Verbindungen in die ehemaligen Kolonien und zu deren Eliten pflegen, halten das wirkliche Machtmonopol. Da nun die Mehrzahl der den Weltmarkt beherrschenden Konzerne in eben diesen Staaten ihre Stammsitze haben, sind die von den dortigen Parlamenten gefällten handelspolitischen Entscheidungen in der Regel an den Geschäftsinteressen der Konzerne bzw. ihrer Eigentümer ausgerichtet. Hier kommt es allzu häufig zu unheiligen Allianzen zwischen den Interessen des privaten Kapitals und der Politik. Die Regierungen der starken Staaten, die in ihren Verlautbarungen stets energisch die Durchsetzung eines kompromisslosen Freihandels einfordern, schieben die ansonsten hochgehaltenen neoliberalen Grundsätze gerne einmal beiseite, wenn es um die Wahrung eigener Interessen geht,

Als nur ein Beispiel von vielen sei hier die restriktive Zollpolitik der EU gegenüber afrikanischen Anbietern von Agrarprodukten genannt, der gleichzeitig hochsubventionierte Ausfuhren europäischer Agrarprodukte auf afrikanische Märkte gegenüberstehen, wo sie als billige Konkurrenzware die einheimische Produktion nicht selten zwecklos erscheinen lassen.

Eine weitere Ursache für die ungleich verteilte Entscheidungsmacht im neoliberalen Globalisierungsprozess stellen die seit den 1990er Jahren sich ständig ausdehnenden Finanzmärkte dar. Die beiden Banken- und Börsenzentren der Wall Street und der City of London repräsentieren dabei die bedeutendsten Orte finanzieller Macht.

Die aufgeblähten Finanzmärkte sind eine mittelbare Folge der schon erwähnten Wachstumsschwäche in den westlichen Industrieländern und der daraus folgenden sinkenden Investitionsanreize in der Realwirtschaft.

Dieses Kernproblem der spätkapitalistischen Markwirtschaften hat die neoliberale Globalisierung in keiner Weise beseitigen können. Die ursprüngliche Aufgabe der Finanzmärkte, den Finanzbedarf der Realwirtschaft zu decken, ist längst einer Tätigkeit gewichen, in deren Zentrum das auf schnelle und höchste Rendite zielende Anlagegeschäft steht. Das von der Realwirtschaft nicht mehr absorbierte Geld fließt auf der Suche nach rentierlicher Verwertung beständig den Finanzmärkten zu. Die Summen, um die es dabei geht, sprengen jede Vorstellungskraft und bescheren den Finanzmärkten eine einzigartige, bisher nicht gekannte Machtfülle. Neben dem noch eher konserva-

tiven Aktienhandel betreiben hier institutionelle Anleger, Hedge- und Equityfondsmanager hochrisikoreiche Devisenspekulationen, Warenterminwetten und als „Königsdisziplin" das Geschäft mit sogenannten Derivaten, die unlängst von dem Großinvestor Warren Buffet als „finanzielle Massenvernichtungswaffen" bezeichnet wurden. Solche Praktiken lassen die Bezeichnung Casinokapitalismus angemessen erscheinen. Hochgefährlich ist die diesem System innewohnende Tendenz zur Ausbildung von Spekulationsblasen.[40]

Das Platzen der letzten Spekulationsblase im amerikanischen Hypothekengeschäft (2008) hat die Realwirtschaft weltweit nachhaltig geschädigt und viele Staaten, die sich im Rahmen für notwendig befundener Bankenrettungen hoch verschulden mussten, in ihren Bemühungen, ihren Bürgern eine angemessene Daseinsfürsorge zu ermöglichen, stark beschnitten.

Dass unter solchen labilen Verhältnissen die schwächeren Partner eines Weltwirtschaftsverbundes den größten Schaden davontragen, sollte klar sein, zumal ihre Position als ewige Schuldner, in der sie seit den 1980er Jahren feststecken, „eng betreut" von Weltbank und IWF, sich kaum verändert hat.

Welches abschließende Urteil in Bezug auf den Mythos, Globalisierung führe zum Wohlstand für alle, kann gezogen werden? Wir haben es zweifelsfrei mit einer Globalisierung zu tun, aber sicher nicht mit einer solchen, die uns versprochen worden ist und noch werden wird. Stattdessen bietet sich nach fast 40 Jahren ein bloßes Zerrbild einer verträglichen Globalisierung.

Das von den neoliberalen Verfechtern entworfene Bild der Globalisierung als dem Königsweg zum Wohlstand für alle, entpuppt sich zusehends als das, was es im Kern ist: Ein ideologisches Mäntelchen für die Unordnung einer kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft unter dem Diktat mächtiger Finanzmärkte, mit all den Fehlentwicklungen, die wenigen viel und den meisten gar nichts bringt. Die Apologeten der „neoliberalen Revolution", wie sie ihr Projekt selbst gerne nennen, werden sich jedoch von einer solch negative Beurteilung in ihrem Bemühen nach Kräften fortzufahren, nicht abhalten lassen und ihre Zielvorstellung geht über die bloße Etablierung einer Wirtschaftsord-

[40] Wer sich intensiver über Bedeutung und Funktionsweise der Finanzmärkte informieren möchte, sei verwiesen auf das Buch von Prof. Dr. Jörg Huffschmid : „Politische Ökonomie der Finanzmärkte". 2002, Hamburg.

nung hinaus. Es geht um mehr! Es geht um nichts weniger als um eine neue Weltordnung. Diese wird sich in ihren Auswirkungen nicht auf die rein ökonomische Sphäre begrenzen lassen. Sie wird viel mehr in tiefgreifender Weise alle Dimensionen des gesellschaftlichen Lebens durchdringen und sie unter das Diktat sogenannter ökonomischer Sachzwänge stellen.

Entwickeln sich die Dinge tatsächlich weiter in diese Richtung, wird sich der demokratische Diskurs mit solchen Sachzwängen konfrontiert sehen. Man darf davon ausgehen, dass die politischen Entscheidungsträger dem Druck dieser Sachzwänge, vermittelt durch intensive Lobbyarbeit oft genug nachgeben werden. Ein gutes Beispiel, wie ökonomische Interessen großer Konzerne zu Staatszielen umformuliert werden, bieten die derzeit ablaufenden Verhandlungen des Freihandelsabkommens TTIP zwischen der EU und den USA.[41]

Die neue Weltordnung der „neoliberalen Revolution“ trägt die Züge einer Weltanschauung, eines ideologischen Konzeptes, dem durchaus religiöse Züge anhaften. Etwas davon klingt an in Angela Merkels Formulierung von einer anzustrebenden „marktkonformen Demokratie“ als dem ideellen Endziel gesellschaftlicher Entwicklung.

Der hier angedeutete Wille, gesellschaftliche Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse unter die enge Perspektive rein ökonomischer Zwecke zu stellen, ist für ein demokratisches Gemeinwesen nicht hinnehmbar! Jede globalisierungskritische Bewegung muss dafür eintreten, dass das Primat der Politik erhalten bleibt.

Aus diesem kritischen Blickwinkel heraus stellt sich nun die Frage nach den Grundzügen einer alternativen Politik. Ein Rückzug auf nationalstaatliche Perspektiven und Interessen, wie sie gegenwärtig wieder verstärkt diskutiert werden, mag in Einzelfällen und übergangsweise sinnvoll sein, langfristig sind wir jedoch alle auf eine globale Zusammenarbeit angewiesen. Sie müsste von dem Bemühen getragen werden, alle Mitgliedsstaaten in einem fairen, kooperativen Miteinander zusammenzuführen. Eine sinnvoll arbeitsteilige, dem gegenseitigen Nutzen dienende Wirtschaftsordnung ist ein lohnendes Ziel. Der Weg zu einer gerechten und friedlichen Gestaltung der weltwirtschaftlichen Beziehungen, ohne Verzicht auf kulturelle Iden-

---

[41] Sehr sachkundig informiert darüber Thilo Bode (Gründer von foodwatch und ehemaliger Chef von Greenpeace): TTIP, die Freihandelslüge, DVA, 2015.

tität und Besonderheiten, ist sicher noch weit und wird nicht ohne Rückschläge verlaufen. Resignation ist nicht angebracht. Wissen wir doch: „Eine andere Welt ist möglich!“

Mythen und Medien. Ein Nachwort

„Die Achtung vor der Wahrheit, und die wahrhaftige Unterrichtung der Öffentlichkeit sind das oberste Gebot der Presse."

Dieser hohe Anspruch an die eigene Arbeit findet sich in den publizistischen Grundsäten des deutschen Presserates (Ziffer 1). Wir, die AutorInnen dieser Broschüre, stimmen ihm ohne Abstriche zu. Unserer Erfahrung nach klafft jedoch zwischen dem hohen Ideal und der täglichen medialen Praxis ein tiefer Graben. Die Medien erfüllen ihre selbstgestellte Aufgabe schon seit langem nicht mehr. Dabei denken wir gar nicht in erster Linie an die BILD-Zeitung oder an die unzähligen bunten Wochenblättchen, die im Verein mit diversen privaten Fernsehsendern das Geschäft der Massenverblödung mit besonderer Hingabe betreiben. Wir denken vielmehr an die sogenannten Qualitäts- oder Leitmedien, wie sie sich selbst gerne nennen, die alle mehr oder weniger die Mythen, die wir in dieser Broschüre vorgestellt haben, verbreiten und kultivieren.

Natürlich kommt auch einmal eine Gegenmeinung zu Wort, aber sie geht unter im großen Mainstream-Orchester. Wer nicht die Zeit hat, sich andernorts im Internet zu informieren (z.B. „Telepolis" oder die „Nachdenkseiten"), ist der Dauerberieselung dieser durchwegs neoliberal getönten Berichterstattung ausgeliefert, was zur Folge hat, dass die Fähigkeit, sich die Welt anders vorzustellen als sie ist, verlorengeht.

Warum nehmen die Medien, abgesehen von wenigen Ausnahmen, ihre Aufgabe als vierte Gewalt im Staat nicht wahr? Warum bieten sie so selten Raum für alternative politische, ökonomische und soziale Ideen und zwar zur besten Sendezeit oder im Hauptteil der Regionalzeitung? Wie kommt es zu einer weitgehenden Gleichschaltung der veröffentlichten Meinung, die sich u.a. in der stereotypen Verwendung immer gleicher Argumente und sogar in der Übernahme identischer sprachlicher Formulierungen äußert?

Vier Vermutungen :

1. Paul Sethe, Gründungsmitglied der FAZ, äußerte sich zur Pressefreiheit 1956 folgendermaßen: „Pressefreiheit, ist die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten." Mit den „reichen Leu-

ten“ meinte Sethe die Eigentümer der Zeitungsverlage. Schon lange sind es in Deutschland nicht mehr 200 Eigentümer, die die öffentliche Meinung oder besser die veröffentlichte Meinung lenken. Es sind ca. 10 Verlagshäuser, die den Tageszeitungsmarkt und Zeitschriftenverlag weitgehend unter sich aufteilen. Sie bestimmen ganz wesentlich die inhaltliche Ausrichtung ihrer Publikation.

Dazu gehören: der Axel Springer Verlag, die Funke Media Group, die Südwestdeutsche Medienholding, DuMont Schauberg, die Verlagsgruppe Madsack, die Ippengruppe, die Holzbrinck GmbH, der Burda Verlag, der Bauer Verlag und Gruner und Jahr / Bertelsmann Die Eigentümer dieser Verlagsgruppen findet man auf der Liste der 500 reichsten Deutschen oder der Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt.

Die reichsten Menschen dieser Welt wurden bisher nicht dabei beobachtet, dass sie sich für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung eingesetzt haben. Warren Buffett, einer von ihnen, antwortete auf die Frage, was er für den größten Konflikt der Gegenwart halte: „Es ist Klassenkampf und es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt und wir werden ihn gewinnen.“ (New York Times, 26. Nov.2006)

Könnte es sein, dass die Werte und Interessen der superreichen Medienbesitzer die Auswahl und Tendenz der Berichterstattung prägen? Wir jedenfalls sind mehr und mehr davon überzeugt.

2. Zeitungen finanzieren sich zu 50% über Anzeigen. Ohne dieses Geld kann keine Zeitung und kein privater Fernsehsender Gewinne machen. Anzeigenkunden verlangen aber ein angenehmes Umfeld für ihre Produkte. Sie wollen keine Anzeige in einer Zeitung schalten, in der gleichzeitig über ihre Steuerhinterziehung berichtet wird. Für wen wird sich der Chefredakteur in solch einem Fall entscheiden? Für den Anzeigenkunden oder den kritischen Beitrag des Journalisten?

3. Eine interessante Untersuchung von Uwe Krüger: „Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten“ (2013) weist auf ein anderes Phänomen hin, das die weitgehende Gleichschaltung der Medien erklärt. Krüger hat in einer ausführlichen Studie die enge Verbindung der Top-Journalisten (von FAZ, Welt, ZEIT und SZ) zu den ökonomischen und politischen Eliten aufgezeigt. Sie treffen sich in vertraulichen Runden, bewegen sich in elitären Organisationen wie Atlantik-Brücke, Weltwirtschaftsforum,

Bilderbergkonferenz, Trilaterale Kommission, Münchener Sicherheitskonferenz usw. und übernehmen Beratertätigkeiten bei Konzernen und Organisationen der Bundesregierung. All diese Tätigkeiten dienen nicht der kritischen Recherche. Die Berichterstattung macht vielmehr deutlich, dass überwiegend der Diskurs innerhalb dieser elitären Netzwerke abgebildet wird, und zwar nicht, weil die Chefredakteure oder „Alpha-Journalisten" dieser Zeitungen dazu in irgendeiner Weise gezwungen werden, sondern weil sie dem selben Elite-Milieu entstammen. Kritische Stimmen, wie z. B. Protestgruppen, die die Ideologie dieser Netzwerke hinterfragen, werden marginalisiert. Wenn über sie berichtet wird, dann oft sehr einseitig über ihr Aussehen, ihr Verhalten oder über eventuelle Sachbeschädigung, was zur Folge hat, dass das Spektrum der Meinung erheblich schrumpft.

4. Die soziale und ökonomische Situation der meisten freien Journalisten ist prekär. Aus betriebswirtschaftlichen Gründen werden Redaktionen geschlossenen, Journalisten erhalten immer kürzere Zeitverträge, niedrige Honorare, keine Arbeitslosenversicherung. Das Bruttogehalt liegt oft nur zwischen 1000.- und 2.200.- Euro. Zeitaufwändige kritische Recherchen können sich diese Journalisten schlicht nicht mehr leisten. Eine Anpassung an den Mainstream aus ökonomischer Notwendigkeit liegt da nahe.

Auch Attac Düsseldorf hat seit der Gründung 2001 Erfahrung mit der einseitigen Berichterstattung durch die Regionalzeitungen RP, WZ, NRZ gemacht. In diesem Zeitraum haben wir in Düsseldorf ca. 50 „Politische Frühstücke" veranstaltet und ebenso viele Straßenaktionen gemacht, bzw. Vorträge organisiert. Unsere Themen waren vielfältig: Gesundheitsreform, Welthandel, Konzernbesteuerung, Umfairteilen, Wachstumswahn, Bankenrettung, Finanzkrise, Staatsverschuldung, TTIP, Kapitalismuskritik. So gut wie nichts ist davon in den lokalen Zeitungen erschienen. Jeder Hund, der entlaufen ist, jede alte Frau, der die Handtasche geklaut wurde, jeder Schützenkönig oder jedes Autorennen rund um den Kö-Graben ist willkommener Stoff für eine ausführliche Reportage. Aber Bürgerinnen und Bürger, die Alternativen zu unserem Gesellschaftssystem entwickeln und diskutieren wollen, die andere Vorstellung von einem guten Leben, einer gerechten Gesellschaft haben, eine andere, als die der Zeitungseigentümer und der von ihnen abhängigen Redaktionen, kommen in diesen Zeitungen so gut wie nicht vor.

Zum Glück regt sich auch Widerstand. Die tendenziöse Berichterstat-

tung über den Ukraine Konflikt führte zu einer Rüge des Presserates und die Hetzkampagne gegen Griechenland zu heftigen Leser-Protesten in Internetforen. Doch das reicht leider noch nicht, um eine Veränderung in der Berichterstattung einzuleiten. Auch die wenigen kritischen Internetforen erreichen nicht die Bevölkerungsmehrheit, die gar nicht mehr die Energie hat und die Zeit findet, sich unabhängig zu informieren und sich oft nur noch von den Fernsehsendern berieseln lässt. Mit der vorliegenden Broschüre wollen wir einen Beitrag leisten zur Stärkung der Gegenöffentlichkeit abseits vom Medien-Mainstream.